

**Das Abonnement**  
auf dies mit Annahme der  
Sonntags täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 25. Jan. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem Kammerherrn und Schloßhauptmann Grafen von Boos-Waldeck die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Verdienst-Ordens vom heiligen Michael und des von des Königs der Belgier Majestät ihm verliehenen Groß-Offizierkreuzes des Leopold-Ordens, so wie dem Privat-Dozenten Dr. Reinke zu Münster zur Anlegung der von des Großherzogs von Oldenburg Königlicher Hoheit ihm verliehenen Medaille für Wissenschaft und Kunst zu ertheilen.

Ang. kommen: Se. Durchlaucht der Fürst zu Carolath-Beuthen, von Carolath, und der General-Major und Kommandeur der 32. Infanterie-Brigade, von Sommerfeld, von Frankfurt a. M.

Das 3. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthalt unter Nr. 5305. Die Bekanntmachung des Postvereins-Vertrages vom 18. August 1860. Von 24. Dezember 1860.

Berlin, den 22. Januar 1861.

Debito. Comtoir der Gesetz-Sammlung.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 24. Januar. Die heutige „Wiener Zeitung“ theilt mit, daß die Amtswirksamkeit des kroatisch-slavonischen Hof-Dikasteriums morgen beginnen werde.

In einem Telegramm der heutigen „Presse“ wird aus Pesth vom 23. d. gemeldet, daß die Komitats-Gerichtsbarkeit an demselben Tage mit der Führung eines Kriminalprozesses begonnen habe. Deak beantragte die Wiederherstellung der ungarischen Gesetze, so weit dies ohne Verwirrung der privatrechtlichen Verhältnisse zulässig ist.

Pesth, Donnerstag 24. Januar. Das Honther Komitat hat in Beantwortung des kaiserlichen Manifests eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher gesagt wird, daß das Komitat den Kreis seiner gesetzlichen Rechte nicht überschritten habe, auch nicht überschreiten wolle, jedoch an allen seinen Rechten festhalten werde. Das Komitat werde die Gesetze vom Jahre 1848 aufrecht erhalten, so lange der Landtag nicht eine Abänderung derselben beschließe. Ohne ein durch diese Gesetze aufgestelltes unabhängiges ungarisches Ministerium sei eine gesetzliche Regierung undenkbar. Einem solchen verantwortlichen Ministerium werde das Komitat sich freudigst unterwerfen.

(Eingeg. 25. Januar 8 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

**Preußen.** [Berlin, 24. Jan. [Vom Hofe; Tagesgeschichten.] Die Vorstellung der Spiken der Behörden, der höheren Zivilbeamten und der städtischen Behörden erfolgt morgen Mittag im Weißen Saale des hiesigen Schlosses. Der König wird dabei vom Kronprinzen, den Generaladjutanten, Flügeladjutanten, den Hofchurgen &c. begleitet erscheinen. Der König hatte dieserhalb bereits heute Morgen mit dem Oberhofmarschall, Grafen v. Keller, und dem Oberceremonienmeister, Grafen Stilsfried-Alcántara, eine längere Unterredung. Die schon lange erledigten Posten des Haushaltministers und des Oberstklämerers sollen nun bald besetzt werden; jedoch erfährt man über die Kandidaturen nichts Zuverlässiges. Jedenfalls wird aber bei Besetzung dieser Stellen vorzugsweise auf den Oberhofmarschall, Grafen Keller, Rücksicht genommen, da dessen Stelle bereits dem Grafen Pückler zugetheilt ist, welcher sonst Hofmarschall des Prinz-Régenten war. Herrn v. Hülsen will ein Gerücht durchaus zum Oberceremonienmeister machen und Herr v. Dachröden zu Neustrelitz soll Generalintendant werden. Jetzt, wo es bei uns am Hofe etwas still hergeht, sieht man allerhand Gerüchte in Umlauf. — Der König arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister v. Noor und den Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben, ließ sich alsdann von dem Geheimrat Iljaire Vortrag halten und hatte später eine Konferenz mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Nachmittags machten der König und der Kronprinz dem Fürsten von Hohenzollern im Schlosse einen Besuch. Mit dem Besind den derselben geht es heute schon besser und ist gar kein Grund zur Besorgniß vorhanden. Den Fürsten behandeln der Generalarzt Dr. Böger, welcher täglich des Mittags von Potsdam nach Berlin kommt, und der Leibarzt der Königin, Geheimer Sanitätsrat Dr. Welten, früher in Koblenz. — Der Großherzog von Baden hat unserm Hofe angezeigt, daß er mit seiner Gemahlin im besten Wohlsein Karlsruhe erreicht habe. Bis Gotha hatte er sich seine Minister Stabel und Lamey entgegenkommen lassen. — Heute Morgen erwartete der sardinische Gesandte, Graf de Launay, auf dem Potsdamer Bahnhofe die Ankunft des Generals Lamarmora; derselbe blieb jedoch aus und soll nun am Abend kommen. — Der russische Senator Marinowitsch, der als Kurier auf der Neise nach Paris begrißt ist und sich etwa zwei Tage hier aufgehalten hatte, reiste gestern Abend mit dem Kurierzuge nach Paris ab. In Potsdam stand er jedoch bei der Ankunft des Zuges eine Depesche des Ministers v. Schleinitz vor, welche ihn bestimmte, den Zug zu verlassen und nach Berlin zurückzufahren.

Die Leiche des Dienstag hier verstorbenen Generals v. Wedell ist heute früh, nachdem sie von dem Garnisonprediger, Prof. Strauß, eingezogen worden war, mittelst der Eisenbahn in aller Stille nach Liegnitz gebracht worden, wobei sie in der Familiengruft ihre letzte Ruhestätte erhalten soll. — Der Regiments-Kommandeur, Flügel-

Adjutant Graf v. d. Goltz ist noch immer frisch, doch wird seine baldige Wiederherstellung in Aussicht gestellt. — Die Drehorgelspieler und ihre Genossen erscheinen noch fortwährend in dem Palais des Königs und wollen dort die 10 Thaler Unterstützung in Empfang nehmen, von denen ihnen die Gerichtszeitung zu erzählen gewußt hat. Jedenfalls wird man sich von der Gerichtszeitung Auskunft erbitten, woher sie weiß, daß auf Befehl des Königs am 18. d. M. jeder Drehorgelspieler, Harfen-, Flöten-, Posaunenspieler &c. 10 Thlr. aus der Kasse des Hofmarschallamtes als Entschädigung für den Verlust erhalten habe, den er durch die Landestrauer erlitten. Schließlich lautet die Mittheilung dieses Blattes noch wörtlich: „Auch anderen Personen, welche in ihrem Erwerb durch die Landestrauer gestört worden sind und sich an Se. Maj. den König gewendet haben, sind oft sogar nicht unbedeutende Summen gezahlt worden, da Se. Maj. der König erklärt hat, daß er nicht wünsche, daß jemand durch den Tod seines königlichen Bruders und durch die Landestrauer in Verlust kommen solle.“ Wie schon mitgetheilt, weiß man im Hofmarschallamt von dieser ganzen Geschichte kein Sterbenswörthen und man kann nur annehmen, daß die Gerichtszeitung düpiert worden ist. Heute Mittag sah ich übrigens einen Beamten des Hofmarschallamtes mit der Gerichtszeitung in der Hand in das Palais des Königs gehen. Die Straßenmusikanten, die bei ihrem Erscheinen im Palais auch ihre Instrumente vorzogen und sich durch diese legitimiren wollten, sind übrigens sehr verdächtlich darüber, daß sie so angeführt worden sind.

[Dr. Weßstein.] Wie verschiedenen Zeitungen aus Damaskus berichtet wird, hat der preußische Konsul in Damaskus, Dr. Weßstein, definitiv seinen Abschied genommen und die Verwaltung seiner Stelle bereits aufgegeben.

[Eine Handwerkerdeputation beim Handelsminister.] Am Dienstag hatte, wie das „Pr. Volksbl.“ meldet, eine Deputation des ständigen Komitats des preußischen Handwerkertages eine Audienz bei dem Handelsminister. Nachdem der Vorsitzende des Komitats die Anrede an den Minister gehalten und sowohl das Anschreiben an denselben, so wie beide Petitionen an die Häuser des Landtags in Abchrift, nebst Beilage der Verhandlungen des preußischen Landes-Handwerkertages überreicht hatte, äußerte sich der Minister etwa folgendermaßen: „Es verdiene Anerkennung, daß die Handwerker unter sich selbständig für ihre Angelegenheiten zu wirken suchten, doch meine ich, daß durch Handwerkertage und Petitionen an die Kammern weniger gewirkt werde, als wenn sie Sorge trügen für eine richtige Vertretung durch gesinnungstüchtige Männer ihres Standes, sowohl in den Kammern, als namentlich in den Kommunen. Zu letzterer sei ihnen ja die Gelegenheit bei den betreffenden Wahlen reichlich geboten. Nebenbei mache es ihm Freude, ihnen mittheilen zu können, daß die von den Regierungen und Magistraten über die Gewerbeordnungs-Angelegenheit erforderlichen Gutachten eingegangen und bei Weitem in der großen Mehrzahl zu ihren Gunsten ausgesessen seien. Dieselben würden des Nächsten in die Öffentlichkeit gelangen.“

[Erklärung und Verichtigung.] Die „K. Z.“ erhält von Dr. Niederich Arndt in Köln unterm 22. d. folgende Zuschrift: „In meinem Namen und im Namen meiner Angehörigen erkläre ich hiermit, daß der im Quedlinburger Volksblatte für Stadt und Land“ mitgetheilte Briefwechsel zwischen dem Könige Friedrich Wilhelm IV. und Ernst Moritz Arndt ohne unser Wissen und Zuthun in die Öffentlichkeit gelangt ist. Wir sind der Veröffentlichung ganz und gar fremd. Zur Verichtigung und Ergänzung diene Folgendes: Das im Besitze der Witwe E. M. Arndts befindliche Original des königlichen Schreibens enthält mehrfache Abweichungen von dem gedruckten Briefe, und das Gleiche gilt von dem Brief meines Vaters. In dem Briefe Sr. Majestät des hochseligen Königs (s. Feuilleton in Nr. 17) muß es S. 3, Sp. 1, Z. 16 v. o. statt: „Nun, verweigern und nehmen, hier zu handeln, wäre heut thunlich“, heißen: „Nun, von Weigern und Nehmen hier zu handeln, wäre heut thörlich“. Ferner S. 3, Sp. 2, Z. 9 v. o. lies statt: „den Sie freilich mit vielen anderen Menschen theilen“, „den Sie denn leider mit vielen wackern und lieben Menschen theilen“. S. 3, Sp. 2, Z. 13 v. o. statt: „auf dem lebendigen Boden der Revolution“, „auf dem Boden der lebendigen Revolution“. S. 3, Sp. 2, Z. 15 v. o. statt: „der rechten Ordnung“, „der rechten Obrigkeit“. S. 3, Sp. 2, Z. 12 v. o. statt: „erinnern“, „erinnieren“. S. 3, Sp. 3, Z. 1 v. o. statt: „biete ich“, „drückt ich“. — In dem Briefe E. M. Arndts lies S. 2, Sp. 1, Z. 7 v. o. statt: „aufweisend“, „auch weisend“. S. 2, Sp. 1, Z. 18 v. o. statt: „sieglockende Krone“, „sieglockende Sonne“. S. 2, Sp. 1, Z. 20 v. o. statt: „Kronenraub“, „Sonnenaub“. S. 2, Sp. 1, Z. 16 v. u. statt: „Wehrmann“, „Wärmen“. S. 2, Sp. 2, Z. 2 v. o. statt: „Beifanden“, „Freistaaten“. Die Lücke in S. 2, Sp. 2, Z. 21 v. o. ist durch: „Lockvögel“, die in S. 2, Sp. 3, Z. 4 v. o. durch: „Kühnen“ auszufüllen. Das Datum des Briefes ist nicht 3, sondern 9. März.“

Duisburg, 23. Jan. [Zur Nachahmung.] 44 hiesige Handelshäuser haben sich verpflichtet, solchen Lehrlingen, welche von der hiesigen Realschule mit dem Zeugnis der Meise entlassen sind, ein Jahr von der sonst üblichen Lehrzeit zu erlassen.

Suhl, 23. Jan. [Waffenbestellungen.] Nach der „Südd. Ztg.“ sind hier die Bestellungen auf gezogene Gewehre Seitenst. mehrerer deutschen Staaten, namentlich Bayerns, Württembergs, Hannovers und Badens so stark, und ihre Fertigung wird von den anwesenden Gewehr-Revisionskommissionen jener Staaten so betrieben, daß deshalb die starken Lieferungen nach Russland in demselben Artikel wegen unzureichender Arbeitskräfte sistirt werden müssten. Dabei wird wieder über die Bielkopsigkeit

in Deutschland geklagt, die selbst beim Gewehrkörper hervortrete, da fast jedes Land sich darin gefalle, sein eigenes Kaliber zu haben.

**Oestreich.** Wien, 23. Jan. [Kaiserliches Reskript an die ungarischen Komitate und Magistrate.] Das telegraphisch schon angezeigte Allerhöchste Reskript, welches unterm 16. d. Mts. an sämtliche Komitate und städtischen Magistrate des Königreiches Ungarn ergangen ist, lautet:

Franz Joseph der Erste r. Als Wir vor 12 Jahren die Regierung unserer Monarchie antraten, wußte ein verheerender Bürgerkrieg im Innern unseres Reiches; fast überall waren die Staaten, ja die Gesellschaft selbst, in ihren Grundfesten erschüttert. Leidenschaft, Verbündung, der Terremotus mancher Gedanken und Wohlmeinenden, der Terrorismus vieler Ungehorsamen, eine Verhetzung mancher ungünstiger Verhältnisse führten die Lösung durch das Schwert herbei. Es war Unser Wille, daß diese Lösung nicht die dauernde Grundlage der öffentlichen Zustände sein sollte. Wir konnten und wollten die Interessen unserer Monarchie nicht preisgeben, welche mit so schmerzlichen Opfern vertheidigt und gesichert worden waren; bei der definitiven Gestaltung derselben wünschten Wir jedoch nichts lebhafter, als daß die tiefgewurzelten, dem Volke Ungarns thieuren staatsrechtlichen Einrichtungen dieses Königreiches möglichst rasch und vollständig wiederhergestellt würden, worin zugleich für alle unsere Völker eine Garantie der Anhänger und Begründung verfassungsmäßiger Zustände liegt. Zur Durchführung dieser Aufgabe haben Wir unsere Entscheidung vom 20. Oktober v. J. erlassen. Friede, Ausgleich und Verjährung fordern aber offenes Entgegenkommen, redlichen Willen und aufrichtige Zusammenwirken ohne böswillige Hintergedanken oder leidenschaftliche Überstürzung. Wir haben die Bedenken, welche sich einer theilweisen Wiederherstellung der ungarischen Verfassungszustände vor der definitiven Regelung aller staatsrechtlichen Verhältnisse entgegensehen, wohl erwägt und gesichert worden waren; doch konnten sie uns nicht abhalten, dieser Wiederherstellung, namentlich auf dem Gebiete municipaler Tätigkeit Raum zu geben, in der Überzeugung, daß Vertrauen vertraut, offenes Entgegenkommen bei einem edlen und politisch reifen Volle gerechte Würdigung, wahres Verständnis, redliche Unterstützung findet. Unsere Erwartungen sind nicht vollständig in Erfüllung gegangen. Mit Gleichmut und Nachsicht haben Wir die ersten Überstürzungen im Gange des öffentlichen Lebens wahrgenommen. Wir haben sie auf Rechnung der aufgeregten Strömung der Zeit, niedergehaltener Leidenschaften und des Aufbrauens lange entwöhnt öffentlicher Tätigkeit gesehen. Nun aber, wo einzelne Komitate die Wahl der Ausschüsse dazu benutzen, um in die Zahl derselben solche Individuen aufzunehmen, die unerträgliche Gegner unserer Monarchie und unserer Herrscherrechte sind, die sich auswärtigen Feinden anstechen, die Ruhe unseres Landes durch hinterlistige Verschwörung und freche Aufreizung gefährden; wo der Versuch gemacht wird, die verschiedenen Ansichten über die zukünftige Gestaltung der Steuerfrage im Geiste einer Steuerverweigerung auszubauen, welche die materiellen Hülfsquellen des Staates läßt, die Begriffe des Volkes verwirrt und die öffentlichen Zustände in eine Richtung treibt, deren leichtsinnige und heuchlerische Vertreter selbst fühlen müssen, daß sie nicht geduldet werden kann; nun, wo die notwendigsten Übergangsbestimmungen zur Aufrechterhaltung geordneter Privatrechtsverhältnisse mit ungeduldiger Hast befeistigt werden wollen; wo einzelne Komitate unter dem Vorwande der Erhaltung der öffentlichen Ruhe mit Belastung des Volkes die Nationalgarde wieder aufstellen und bewaffnen, bei Beleidigung der Gehalte der Komitatsbeamten die gebührende Überwachung unserer Behörden gärtlich bei Seite setzen und uneingedenkt ihres Berufes nicht anstreben, weit über die Grenzen ihrer gesetzlichen Rechte hinaus, als unabdingbare Körperfichten fast alle Staatsgewalt an sich zu reißen, nun wird es unerlässliche Pflicht, diesen freiwilligen Übergriffen entschieden entgegenzutreten und nicht zu dulden, daß die konstitutionelle Freiheit in einer Weise ausgebaut werden, welche durch den Umsturz der öffentlichen Ordnung zur Revolution führt. Der Glaube unserer Völker an den Ernst der Absicht, geordnete verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen, müßte erschüttert werden, wenn noch länger anarchische Bestrebungen geduldet würden, deren Entwicklung stets der Untergang jeder geistlichen Freiheit ist. Wir halten unabänderlich an unseren Entscheidungen vom 20. Oktober vorigen Jahres fest, und werden unseren Völkern die ihnen zugesicherte verfassungsmäßige Entwicklung zu wahren und gegenüber unserem Königreich Ungarn alles festzuhalten wissen, was demselben zugestanden wurde. Ebenso fest steht aber unser Wille, der Revolution, möge er offen austreten oder sich heuchlerisch in das Gewand legaler Formen hüllen, mit aller Macht entgegenzutreten; diese Macht, Wir bezweifeln es nicht, wird in dem echten Vaterlandesgefühle aller besseren Elemente Unterstützung finden; sie werden nicht dulden, daß sich auf dem Wege friedlicher Ausgleich Hindernisse aufstellen, welche die Leidenschaft oder die Selbstsucht Einzelner hervorrufen; sie werden zu verhindern trachten, daß die regierende Gewalt in Erfüllung ihrer heiligsten Pflichten auf die materielle Macht in dem Augenblick verzerrt werde, wo diese nur als notwendige Stütze der moralischen Macht hätte dienen sollen. Indem Wir diese unsere Absichten und Warnungen zur Kenntnis unseres Königreiches Ungarn bringen, und gleichzeitig auf den Artikel 3 vom Jahre 1790 hinweisen, dessen Bestimmungen über unsere Krönung Wir selbst baldigst verwirklichen wollen, dessen weitere Sajungen aber auch bis zur Krönung alle Verpflichtungen der Unterthanstreue sicherstellen, befehlen Wir zugleich ernstlich:

Erstens: Daß überall, wo man sich vermessen hat, unter den Mitgliedern der Komitaatsausschüsse im Auslande lebende Hoch- und Landesverräther zu wählen, die in Verbindung mit den auswärtigen Feinden unserer Monarchie sich auch jetzt noch verbrecherischer Umtriebe gegen uns und den Staat schuldig machen, diese Wahlen für null und nichtig erklärt werden. Zweitens: Wir befehlen unter strenger Anwendung, daß alle Versuche, welche dahin abzielen, die Einführung der direkten Steuern und indirekten Abgaben mittelbar oder unmittelbar zu hemmen, oder neue Steuern selbständig auszuschreiben, befeistigt, alle darauf bezüglichen Beschlüsse unverzüglich aufgehoben und über Durchführung dieses Beschlusses der königlichen Staithalter gleichzeitig ohne säumigen Bericht erstatzt werden. Drittens: Ebenso erklären Wir bis zur landläufigen Verabstaltung und beziehungswise bis zu unseren auf Grundlage der Anträge unseres Judex curias zu treffenden provisorischen Anordnungen, alle Beschlüsse für null und nichtig, welche die im Sinne unserer Entscheidung vom 20. Okt. v. J. zeitweilig aufrecht erhaltenen Zuständigkeiten aufheben, oder ihre Wirklichkeit lämmen, und weisen strengstens die Gerichte des Landes zur Aufrechterhaltung der dieselben nach bestehenden Gesetze und Verordnungen an, deren endgültige Abänderung im Interesse des Landes und der Privaten, nur im Wege regelmäßiger landläufiger Verhandlung und nicht durch einseitige Beschlüsse geschehen kann, welche den öffentlichen Rechtszustand in ein unabsehbares Chaos stürzen würden. Viertens: Da Wir die Revision, beziehungsweise die Bestätigung, Modifikation oder Aufhebung der Gesetze vom Jahre 1847/48 und die Ausgleichung mit unseren Entscheidungen auf den Landtag vom 2. April l. J. vermeiden haben, und die faltische Wiederherstellung dieser erst erwähnten Gesetze mit Fragen zusammenhängt, deren einseitige und überstürzte Lösung alle im Laufe der Zeit gewordenen Zustände und Interessen Ungarns ebenso, wie aller unserer übrigen Länder gefährdet, die Wir gleichmäßig zu wahren verpflichtet sind; — da ferner die Entscheidung über die, mit der erneuerten Geländemachung dieser Gesetze verbundenen Fragen ein Gegenstand reißster Erwägung ist, welche nicht einzelnen Individuen oder Komitaten zufallen kann; so untersagen Wir hiermit auf Strengste jeden Versuch, diese Gesetze faktisch ins Leben treten zu lassen, und befehlen, daß jedem ähnlichen Versuch mit den ernstesten Mitteln entgegengewirkt werde.

Wenn Seitens der Komitate ein Widerstand gegen diese Verordnungen an den Tag gelegt werden sollte, so sind die Sitzungen der Komitaatsausschüsse selbst zu suspendieren oder aufzulösen, und erforderlichen Falles diese

Unsere Beschlüsse auch durch Anwendung materieller Gewalt zu vollziehen. Alle diese Beschlüsse sind durch die notwendige Fürsorge für das allgemeine Wohl unserer Völker geboten, und wenn Unsere väterlichen Absichten abermals verfehlt und durch andauernde Widerlichkeit bedroht werden sollten, so würden Wir mit Leidwesen zu jenen Maßregeln der Strenge schreiten müssen, welche Wir gern vermieden gesehen hätten. Wenn dann hierdurch die Abhaltung des Landtages, welche Wir selbst lebhaft wünschen, verzögert und dadurch die, nicht bloß im Interesse Ungarns, sondern ebenso in jenem der ganzen Monarchie gelegene Lösung der wichtigsten und dringendsten Fragen und die vollständige Herstellung der verfassungsmäßigen Zustände in weitere Ferne gerückt werden sollte, so wälzen Wir jede Verantwortung für die hieraus hervorgehenden vielfachen Nachtheile mit ruhigem Bewusstsein auf Jene, die das Werk friedlicher Ausgleichung absichtlich oder leichtsinnig hindern. Tief durchdrungen von dem Erste dieser Maßregeln, erfüllen Wir die Pflicht, das Uns von Gott und durch Unser Erbrecht anvertraute Land vor neuen Stürmen zu wahren, und gestützt auf die Einsicht des wahren Vaterlandsfreunde, auf Unser Recht und auf den Segen des Himmels, seien Wir mit Zuversicht dem Augenblick entgegen, wo die Krönung mit der Krone Unserer erlauchten Vorfahren den Erfolg Unserer Bemühungen zur Befriedigung und Verwigigung des Landes besiegen wird. Wien, am 16. Januar 1861. Franz Joseph m. p. Baron Nikolaus Bay. Eduard Széchenyi.

Die „Ostd. Post“ bemerkt hierzu: „Bei aller Anerkennung der Intentionen des kaiserlichen Rescripts, bei den besten Wünschen, daß es zum geeigneten Ziele führen möge, können wir doch nicht die Besorgniß unterdrücken, daß es theils zu spät, theils zu früh in die Welt trete. Wir wollen nicht am ersten Tage, an welchem ein so bedeutungsvolles Aktenstück publiziert wird, die Chancen seines Erfolges diskutiren. Wir müssen vor Allem die Wirkung abwarten, die es in Ungarn hervorbringen wird, und wollen gern die Ansichten, die wir vor einigen Tagen an dieser Stelle ausgesprochen haben, als irrig bezeichnen, wenn der Weg, den die Hofkanzlei eingeschlagen, als der richtige sich herausstellt. Vor Allem wollen wir sehen, ob die Männer, welche alles Interessir haben an der Entwicklung einer gesetzlichen Ordnung in der Freiheit, endlich den ehrlichen Mut haben werden, der Komitatswirthschaft, selbst auf Kosten ihrer Popularität, entgegenzutreten und eine kompakte Partei zu bilden, die durch Besonnenheit und Energie sich über die Massen erhebt und der zum Abgrunde führenden Strömung einen Damm entgegensetzt, oder ob man es lediglich der Exekutivewalt überlassen wird, mit materiellen Mitteln das kaiserliche Rescript auszuführen.“

[Tagesbericht.] Der General v. Werder ist in Begleitung zweier Adjutanten, des Rittmeisters v. Somniz und des Hauptmanns v. Saluchowski, hier angekommen, um Sr. Maj. dem Kaiser das Notifikationsschreiben von der Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Wilhelm von Preußen zu überreichen; derselbe wurde am Montag in besonderer Audienz von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen und sodann zur Hostafel geladen. — Die Vergrößerung der Marine ist nun, wie man der „Presse“ aus Triest schreibt, eine beschlossene Sache, und die erste Maßregel zu diesem Zwecke ist der Bau zweier gepanzerter Propellersregatten. Der geschickte Schiffbaumeister Tonello, dem Ostreich schon die Freigatten „Adria“ und „Donau“, das Linienschiff „Kaiser“ und vier Kanonenboote verdankt, hat auch den Bau der erwähnten gepanzerten Schiffe übernommen. — Aus vielen Städten und Ortschaften Ungarns laufen, der „Wiener Sta.“ zufolge, Nachrichten über die bedauerlichsten Ereignisse ein, eine Folge der aus dem Geiste der Ordnung und Gesetzlichkeit abweichenden Manifestationen vieler Komitate. So ist am 8. Duna-Becke der Schauplatz von Kazinczy gewesen, welche den dortigen Beamten und einige mißliebigen Israeliten gebracht und wobei die Fenster eingeworfen wurden. Ähnliche Ereignisse fanden in Königsberg (U.-Banya) und anderen Orten statt. — In Salzburg fand am 19. d. wie der „Presse“ geschrieben wird, bei dem Bezirksgerichte die Schlussverhandlung wegen Mißhandlung eines Mädchens im Waisenhaus statt. Auf der Anklagebank sahen die Oberin und zwei Schwestern der weiblichen Körperschaft, welcher die Pflege im Waisenhaus übergeben ist. Das Urtheil lautete, trotz aller herbeigezogenen Vertheidigungsgründe, auf „schuldig“. Die Oberin wurde zu drei Tagen und die eine Schwester zu zwei Tagen Arrest in einem Ordenshause (!) verurtheilt. Es wurde zwar sogleich die Berufung angemeldet, doch die Fakta sind zu evident, als daß eine Aenderung des Urtheils eintreten könnte.

Pesth, 21. Jan. [Graf Stephan Karolyi; Umgestaltung des Justizwesens.] Graf Stephan Karolyi, der Administrator des Pesther Komitates, ist, wie „M. Sajtó“ berichtet, nach Paris gereist, um von dort zur Herstellung seiner Gesundheit die Hierischen Inseln zu besuchen. — Der „Hirnök“ bringt die Nachricht, daß Franz Deaf an den Berathungen teilnehmen werde, welche heute unter dem Vorsitz des Judex Curiae, Grafen Apponyi, zur Umgestaltung des Justizwesens im Sinne der ungarischen Verfassung in Osten beginnen. (Wie der „Lloyd“ meldet, hat der erste Bizegespan des Pesther Komitates, Paul Nyary, die von dem Judex Curiae an ihn ergangene Einladung zur Teilnahme abgelehnt.) Der „Hirnök“ spricht bei dieser Gelegenheit die Erwartung aus, es werde diese Nachricht genügen, um alle die bunten Beschlüsse einzelner Komitate zu sistiren. — Dagegen hält der Pesther Advokatenstand gestern im großen Saale des Stadthauses eine Berathung. Die brennende Frage des Landes, die Umgestaltung des Justizwesens im Geiste der ungarischen Verfassung, wurde verhandelt und nach heftigen Debatten beschlossen, daß die Gesamtheit der ungarischen Gesetze, mit Auschluß rückwirkender Kraft und ohne Gefährdung der Privatrechtsverhältnisse, augenblicklich einzuführen sei. Alle Advokaten Pesth-Ostens nahmen an der Verhandlung Theil.

### Großbritannien und Irland.

London, 22. Jan. [Frankreichs Haltung in Italien; Besorgnisse.] Es ist kein Geheimniß, daß das Verhalten des Kaisers Napoleon in Bezug auf Gaeta die englischen Liberalen viel mehr verstimmt hat, als die Verlängerung der syrischen Okkupation. Wenn neuerlich von einer Lockerung der intimen Allianz die Rede war, so hat die Beschützung Franz II. daran sicherlich mehr Schuld, als die Liebhaberei des Kaisers der Franzosen für eine Winterhilfsgattatur seiner Soldaten in der astatischen Türkei. Auch die „Times“ macht wieder ihrem gepreisten Herzen Lust gegen die Beschützung der Bourbons in ihrem letzten Kampfe. Selbst sie empfindet Achtung, oder heuchelt sie zu empfinden, vor dem Muthe, mit dem der junge König den letzten Rest seiner Herrschaft vertheidigt, aber sie hält Mut und Blut für nutzlose Opfer. In dem Eifer, den König zum Aufgeben des Widerstandes zu bestimmen, vergibt sie sich so weit, ein Beispiel aus der Vergangenheit herbeizuholen, das zu einem für die von ihr patronisierten Piemontesen wenig schmeichelhaften Vergleich provozirt. Sie erinnert

an den heldenmuthigen Widerstand des Kaisers Konstantin Paläologus, der sich und sein Reich unter den Trümmern von Byzanz vergraben hat und durch seine Selbstaufopferung doch nicht verhindern konnte, daß vor 400 Jahren fanatische Türkenhorden den Halbmond auf die Hagia Sophia auspflanzten. König Franz, sagt die „Times“, dürfe sein günstigeres Schicksal erwarten, seinem Heldenmuthe werde die Nachwelt kaum gerecht werden, und, fügt Hallstatts Landsmann hinzu, persönlicher Mut sei eine hübsche Sache, aber die Ehre, die dadurch zu erwerben sei, werde in diesem Falle zu thuerer erkauft. — Alle Handelsberichte sprechen Bedrohung wegen des Konflikts aus, der zwischen Deutschland und Dänemark auszubrechen droht; sie fürchten davon eine große Störung des Frühjahrsgefechts. Ich finde solche Besorgnisse hauptsächlich in schottischen Geschäftsbriefen ausgedrückt. (B.H.Z.)

— [Erklärungen von Parlamentsmitgliedern in Betreff des Budgets.] Das Promemoria an Lord Palmerston, in welchem dieser von Mitgliedern der liberalen Partei aufgefordert wird, „Angesichts der friedlichen Aussichten“ entsprechende Reduktionen in den Staatsausgaben des nächsten Verwaltungsjahrs einzuleiten, ist, wie verlautet, bis jetzt von etwa 50 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet worden. Andere haben sich dessen geweigert und sind die Gründe dafür nicht schuldig geblieben. So schrieb z. B. General Sir De Lucy Evans folgendes zurück:

Werther Herr! Hiermit stelle ich den Entwurf der „Privatmittheilungen“ zurück, die Sie mit den Unterschriften von 40 oder mehr Parlamentsmitgliedern versehen, dem ersten Lord des Schatzes überreichen wollen, und zu deren Belehrung Sie mich aufgefordert haben. In einem Punkte stimme ich vollkommen mit dieser Schrift überein, daß es nämlich wünschenswert ist, die Staatsausgaben und die Besteuerung des Landes aus ökonomischen Rücksichten einer Revision zu unterziehen. Entchieden aber bin ich gegen die Ansicht, daß es tatsächlich und ehrlich sei, zu entwaffnen. Ich habe in der Erhaltung des europäischen Friedens und die friedlichen Absichten des Kaisers Napoleon nicht daselbe Vertrauen, das Sie zu bestehen scheinen. Seine Rüstungen zu See und zu Lande inmitten seiner Friedensverträge, und die vor Kurzem erst erfolgte Einverleibung zweier Grenzprovinzen von großer strategischer Bedeutung, Angelehnung wiederholter beruhigender Erklärungen und Angelehnung der Protekte der meisten europäischen Regierungen, scheinen sich Ihrer Beachtung oder Würdigung entzogen zu haben. Dazu kommen noch einige andere bedeutende Momente von nicht geringerer Wichtigkeit. Abgesehen von dem Allen, wage ich zu denken, daß „Privatmittheilungen“, gerichtet an den Premier, um das Parlament von vorbereiten zu beeinflussen, sich mit unseren Institutionen und dem guten Brauch öffentlicher Diskussion nicht gut vertragen und ein schlimmes Beispiel für die Zukunft werden könnten. Wie dem immer sein mag, bitte ich, mich zu entschuldigen, daß ich Ihre Aufforderung nicht nachkomme. Gleichzeitig können Sie verächtlich sein, daß ich für Ihre patriotischen Absichten, sowie für die derjenigen Mitglieder, die sich Ihren Meinungen angeschlossen haben, die gebührende Achtung habe.“

Herr Scully, ein anderes Parlamentsmitglied, verweigerte ebenfalls seine Unterschrift, weil er eine derartige Privatmittheilung an den Premier für ungeziemend hält. Er sagt:

„Ich glaube, daß die in Vorschlag gebrachte Adresse zu sehr wie ein Bittgesuch aussieht, und daß es nicht konstitutionell ist, einen Premier in Angelegenheiten zu bitten, die von der Nation ganz besonders unserer Kontrolle anvertraut wurden, ihn daher zu bitten, daß er die uns übertragenen Pflichten erfülle. Es zielt sich nicht für die Vertreter des Volkes, sich in Steuersachen mit dem Hute in der Hand zu irgend einem Minister zu begeben. Braucht dieser des Volkes Geld, dann ist es seine Pflicht, deshalb zum Unterhaupte zu kommen, und zu klagen.“ Die liberalen Mitglieder solten bei dem Entwurf unterschreiben, ihrer Rechte an die Krone oder deren Nachgeber am allerwenigsten beihalten.“

— [Die Ansprache König Wilhelms I. an seine Generale macht hier ungewöhnliches Aufsehen. Sie wird von der Palmerston'schen „Post“ und vom touristischen „Herald“ besprochen. Man findet sie zu kriegerisch. Die ganze Palmerston'sche Presse scheint Ordre erhalten zu haben, die berühmte, von der „Times“ erfundene Nichtinterventionstheorie (der zufolge die Bundesexekution in Holstein nicht vollstreckt werden darf, weil es ein Verstoß gegen das Nichtintervention-Prinzip wäre) sich ebenfalls zu eignen zu machen. Man weiß entweder nicht, wie Holstein zu Deutschland steht, oder man will es nicht wissen. Die „Post“, immer im Hinblick auf die Ansprache des Königs, äußert sich über die schwedende Frage wie folgt: Es ist gewiß ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß König Wilhelm gleichzeitig den dänischen Streit wieder zu eröffnen sucht und in dunklen Worten auf die Möglichkeit eines „Krieges bis ans Messer“ mit einer Macht anspielt, die der Vermuthung nach mehr oder weniger mit Dänemark alliiert ist. Wenn die preußische Regierung wirklich die gewünschte Veränderung in der Herzogthümmer-Frage zuwege zu bringen wünscht, so kann sie dies offenbar durch keine der drei friedfertigen Methoden thun, wodurch solche Veränderungen zuweilen bewerkstelligt werden; weder durch Berufung an die öffentliche Meinung Europa's, noch durch Anrufung der europäischen Regierungen, da beide ihren Prätensionen gleich feindlich gegenüberstehen würden, noch drittens durch Uebung eines Druckes auf den Hof von Kopenhagen, da dieser Hof in seinem Widerstand unterstützt werden würde. Preußen muß daher entweder die dänische Frage ohne Weiteres fallen lassen oder bereit sein, eine Flibustier-Expedition (!) nach Dänemark zu senden. Niemand wird es glauben, daß Frankreich oder England den ruhigen Zuschauer spielen und Dänemark berauben lassen würden. Die Thorheit des Berliner Hofs ist nicht unähnlich der eines Mannes, der, trotzdem daß er eine schöne Erbschaft angetreten hat, sich zum Selbstmorde entschließt. — Artiger klingen die Worte des „Herald“. Er hat gegen die Ansprache direkt nichts einzuwenden; er scheint nur einen abermaligen Triumph der Napoleonischen Politik zu befürchten, einen Waffenstieg, der auch für England verhängnisvoll werden würde. Dies drohende Gepeinst ist es, was ihn schrekt. Er schreibt: „Der König von Preußen hat sich mit keiner unsicheren Stimme vernehmen lassen, und wir wünschten um Europa's willen, daß sein Sohn friedfertiger wäre. Aber der ominöse Charakter seiner offenen Rede in diesem kritischen Moment läßt keinen Zweifel zu. Seine Worte klingen mit kühner Entschiedenheit und Gradheit. Der androhende dänisch-deutsche Streit allein würde den Warnungsgruß kaum erläutern, wenn dieser Zwist auf Dänemark und Preußen befristet bliebe. Aber, trotz aller offizieller und offiziöser Widersprüche, bleibt die Innigkeit der Beziehungen zwischen Frankreich und Dänemark ein Gegenstand, der allgemein auffällt. Die dänische Allianz würde dem Kaiser der Franzosen den Beifall einer starken Seemacht verschaffen, und ein Krieg mit Preußen wegen der Schleswig-holsteinischen Frage gäbe ihm die erhoffte Gelegenheit, Deutschland zu isolieren. . . . Wenn es wahr ist, daß Preußen und Ostreich Verabredungen wegen Venetiens geschlossen haben, und daß die Revolution in Ungarn und den Donaufürstenthümern reif ist, dann werden die Rüstungen Frankreichs vollkommen verständlich. Dem Angriff der Revolution im Osten und französischer Heere im Norden ausgesetzt, hätte Deutschland

in der That eine Feuerprobe zu bestehen. Welche Rolle hat unsere Regierung Angelehnthis dieser drohenden Frage gespielt! Nach zuverlässigen Berichten keine sehr glückliche. Sie hat sich zum Liebhaber und Fürsprecher ganz einseitiger dänischer Vorschläge gemacht, die vom Bundestage mit Entschließung zurückgewiesen wurden. Eine rechtzeitige und vernünftige englische Vermittelung zwischen Dänemark und Deutschland könnte den französischen Kaiser noch verhindern, sich zum allgemeinen Schiedsrichter Europa's aufzuwerfen.“ Das Alles flänge gut, wenn nur die Tories die alten Tories noch wären. Aber morgen im Amte, würden sie uns im Stiche lassen, wie Lord Palmerston, nur um im Amte zu bleiben. Auch der „Chronicle“ verbreitet sich über die Ansprache und sagt viel über Bekennung Louis Napoleons von Seiten Preußen. Nach ihm ist die englische Sprache nicht kräftig genug, um die Ansprache „in ihrer ganzen rücksichtslosen Energie“ wiederzugeben.

— [Tagesnotizen.] Die Immatrikulierung des Prinzen von Wales an der Universität Cambridge ist am 19. d. mit den üblichen Formalitäten vor sich gegangen. — Herr Robinson hat für das South-Kensington-Museum von der päpstlichen Regierung die mittelalterlichen Skulpturen der Canova'schen Sammlung angekauft, die aus 80 Stücken besteht, unter denen sich der Cupido befindet, der von Michel Angelo herühren soll. Der Kaufpreis wird nicht angeführt. — Ein Ungenannter beklagt sich in der „Times“ über die mangelsamen geographischen Kenntnisse des Londoner Postamtes. Im Mai hatte er einen Brief nach Ungarn aufgegeben und auf die Adresse ausdrücklich geschrieben: „Hungary, via France“. Der Brief kam nicht vor Dezember an seine Adresse. Das Londoner Postamt hatte ihn, da (unlanger Weise), „via France“ auf der Adresse stand, in das Paket der Überlandpost gesteckt, und so irrte er denn gemüthlich nach Luckno, Bombay, Madras, Galle, Hongkong. Da endlich kam ein Gelehrter auf den Gedanken, daß er wohl nach Europa gehören möge, und schrieb: „Verzicht es mit Ungarn, das zu Österreich gehört, in Europa.“ Und so war es. — Das Thauwetter hält an und in der Nähe der Hauptstadt ist so ziemlich aller Schnee weggeschmolzen. Auf der Themse und ihren Nebenflüssen, so wie auf den Kanälen in den mittleren und südlichen Grafschaften, ist die Schiffsahrt wieder regelmäßig im Gange. — General v. Bonin ist hier angekommen und in Maurigny's Hotel abgestiegen. — In einem der Kriegslaboratorien zu Chatham sind gestern durch eine scharfbare Explosion mehrere Soldaten lebensgefährlich beschädigt worden. Das Unglück entstand durch Unvorsichtigkeit eines der Arbeiter beim Füllen von Granaten.

London, 23. Jan. [Teleg. r.] Die heutige „Times“ ermahnt Preußen zu Rüstungen gegen Frankreich statt gegen Dänemark, so wie zur Einigung Deutschlands unter einem kräftigen und liberalen Preußen. — Nach hier eingegangenen Nachrichten aus New York sind die Staaten Mississippi, Alabama und Florida aus der Union getreten. Auch der Absfall Virginias wird erwartet. Die Separatisten haben mehrere Forts in Louisiana genommen. Es sind Kriegsschiffe nach Charleston abgegangen.

Paris, 22. Jan. [Polemik gegen Preußen.] Die Regierung läßt großes und teures Gerät gegen die preußische Thronrede, die Ansprache des Königs Wilhelm an seine Generale und die Provokationen der ministeriellen Wochenzeitung eröffnen. Auch die Broschüre des Prinzen Friedrich Karl mit dem gefälschten Titel, den ihr der französische Neubürger gegeben hat, wird wieder hergeholt; um aber bessere Wirkung hervorzubringen, wird jetzt nicht mehr bloß der Titel, sondern auch der Autor gefälscht. Eine lithographierte Korrespondenz, die von der Regierung roßiert, nennt jetzt den Kronprinzen von Preußen als den Verfasser. Die Lithographie sagt: die Broschüre des Prinzen habe in Deutschland viel Eindruck gemacht, im übrigen Europa aber gar keinen, und vielen Männern, die militärische Fragen zu ihrem Studium gemacht, erscheine sie selbst zu viel. Der Prinz (immer der Kronprinz) habe nun ein neues Memoire ausgearbeitet, in dem er seinen Dank für die Anerkennung ausspricht, die das erste erlangt habe, allein auch da sei nichts dahinter. Diese Fälschungen, wie gleichgültig sie an sich selbst sein mögen, sind als Symptome der Absichten, die sich in ihnen aussprechen, doch nichts weniger als gleichgültig. Die Vorse hat sich von dem kriegerischen Luftstrom, der über den Rhein weht, nicht übermäßig erstreken lassen; in ihren Kreisen ist man geneigt, den dänisch-deutschen Streit als einen ohne große Schwierigkeiten friedlich zu lösenden anzusehen. (B.H.Z.)

— [Tagesbericht.] Im Lager von Chalons sollen für dieses Frühjahr nicht 200,000, sondern nur 60,000 Mann versammelt werden, und zwar unter dem Oberkommando des Herzogs von Magenta. Die nötigen Vorbereihungen werden jetzt schon getroffen. — Es heißt, daß die französischen Truppen nicht mehr lange in Rom bleiben werden. Die Verträge mit den Lieferanten werden nur bedingungsweise abgeschlossen. — Vice-Admiral Le Barbier de Tinan hatte Befehl, den sämtlichen Vorrath von Leinwand und Arzneien seiner Flotte der Garnison von Gaeta zurückzulassen. — Die auf der Antilleninsel Martinique erscheinende „France d'outre-mer“ ist aus folgenden Gründen unterdrückt worden: 1) wegen eines Angriffes gegen den Kaiser, indem sie die von ihm für alle fremden Angelegenheiten gepflegten Summen kritisiert; 2) wegen eines Angriffes gegen die französische Regierung, indem sie ihr mit Unrecht nachgesagt, sie richte die Kolonien durch eine ruinirende Ungleichheit zu Grunde; 3) wegen eines gleichzeitig gegen den Minister Algériens und der Kolonien und die Lokalbehörde gerichteten Angriffes, indem sie fälschlich informiert, der Kaiser sei von der Lage der Kolonien und deren Bedürfnissen nicht hinlänglich unterrichtet.

— [Französisches Schiff in den italienischen Gewässern.] Das „Pay“ schreibt: „Die Abfahrt unseres Geschwaders wird denjenigen Theil des Mittelägyptischen Meeres, welcher im Augenblick einer ganz besonderen Überwachung bedarf, nicht ohne die selbe lassen. Schon hat das Schiff „Solon“, von Kapitän Desplai kommandiert, Befehl erhalten, nach Neapel abzugehen, und ebenso sind mehrere Aviso's beauftragt, das ganze Eitorale von Civita Vecchia bis zu den sizilianischen Küsten zu überwachen. Der Hauptzweck dieser Maßregel ist, durch genügende Kräfte die Interessen des französischen Handels, welcher in jenen Gegenden sehr bedeutend ist, zu wahren. Das Schiff „Tage“, welches sich vor Messina befand, ist nach Toulon zurückgekehrt. Vor Messina liegt jetzt nur eine englische Dampfsfregatte.“

Paris, 24. Jan. [Teleg. r.] Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Kaiser gestern den General Willisen empfangen

habe, der ein Schreiben Sr. Maj. des Königs von Preußen übergeben, durch welches das Ableben König Friedrich Wilhelm IV. und die Thronbesteigung Sr. Maj. notifiziert wird.

### Italien.

Turin, 19. Jan. [Die Abtreitung der Insel Sardinien an Frankreich.] Die Mailänder „Unione“, die von Zeit zu Zeit zu Führern von Seite des Ministeriums benutzt wird, schlägt in einer ihrer letzten Nummern eine sehr bedenkliche Saite an, die zu berühren man vor den Wahlen hätte weislich unterlassen sollen, wenn Bianchi Giovini nicht gesellschaftlich das enfant terrible zu spielen den Auftrag hatte. Die „Unione“ kommt nämlich auf die Abtreitung der Insel Sardinien an Frankreich zu sprechen, vorbehaltlich, daß letztere die Annexion Unteritaliens anerkenne. Wie wohl Bianchi Giovini dem Gerücht keinen vollen Glauben schenken will, so meint er doch, daß, wenn Frankreich ferner noch zum Erwerbe Venetiens die Hand hiete, das dadurch Erreichte nicht zu thuerer bezahlt wäre, da Sardinien doch immer ein sehr ungewisses Anhängsel an Italien gewesen sei und daß selbst, als es durch den Utrechter Frieden an die Herzoge von Savoyen gekommen, diese sich kaum je erinnert hätten, daß es eine Provinz ihrer Staaten war.

— [Die Agitation in Neapel; Alexander Dumas.] Die neuesten Berichte aus Neapel geben deutlich zu verstehen, daß die dortige, durch die Muratisten begonnene Agitation bedenklich ist, als man sich Ansangs gestehen wollte, namentlich deswegen, weil viele der Agitatoren Franzosen und noch dazu Günslinge des Palais Royal sind und man gegen dieselben Rücksichten üben möchte, die in der gegenwärtigen Situation kaum räthlich erscheinen. — Dieselbe Rücksicht und eine fast unverzeibliche, wurde bisher gegen den literarischen Schwindler und Romanistmier Alexander Dumas geübt, welcher die edle Gastfreundschaft, die ihm die Regierung und indirekt Victor Emanuel gewährt (er bewohnt ein königliches Schloß bei Neapel), auf bübische Weise missbraucht und den Behörden Verlegenheiten über Verlegenheiten bereitet. Die „Gazzetta di Torino“ verbürgt nicht allein dem Sinne, sondern sogar dem Wortlaut nach folgendes Gespräch, welches dieser Charlatan mit dem Statthalter Garini gelegentlich eines Besuchs hatte, den er letzterem mache, um sich über seine Diatriben und politischen Seitentänzerstücke in seinem Journal „Independent“ zu entschuldigen: „Sehen Sie“, hub der Große an, „zu Paris will man nichts mehr von mir wissen; on est fatigué de moi; ich mache dort keinen Effekt mehr; dagegen wohl in Neapel, wo ich noch jungfräulich bin. Ich brauche viel Geld; zu Paris reiche ich mit 150,000 Franken jährlich nicht aus; in Neapel dagegen kann ich mit 50,000 Franken leben. Sie sehen es daher wohl ein, daß ich Lärm schlagen muß z. z.“ Das ministerielle Blatt fügt noch bei, daß dieser intime Freund Garibaldi's, wie er sich selbst bescheiden nennt, völlig heruntergekommen und ganz in den Händen eines reichen französischen Abenteurers Namens Guignon sei, welcher ihm zu seiner Verschwendung Geld giebt, dafür ihm zu schreiben befiehlt, seine Korrespondenzen öffnet, kurz seinen Herrn und Prinzipal spielt.

— [Revolutionskomitee in Mailand; Renitenz.] Am 8. Januar stand in Mailand eine geheime Signung des Revolutionarkomitee's statt, an welcher nebst Türr und dem Syndikus Veretta Vertreter der ungarischen Emigration Theil nahmen. Der Präsident eröffnete die Signung, wie das „Vaterland“ schreibt, mit den Worten: „Pare proprio che negl' ultimi giorni l'Iddio dell'Italia sia passato al campo dei nostri nemici.“ (Es scheint wirklich, daß in den letzten Tagen der Gott Italiens ins feindliche Lager übergegangen sei.) Es wurde ein Brief Klapka's vorgelesen, in welchem dieser angeigte, daß seine Operation auf ungeheure Hindernisse stoße, und trotz der offensiven Bereitwilligkeit der moldowalachischen Regierung, ihn zu unterstützen, nicht darauf rechnen könne, in den Donaufürstenthümern die Bewegung so zu organisieren, daß bei künftigen Operationen sich hiervom besondere Vortheile erwarten lassen. Nicht nur die Türkei, sondern auch Russland überwache jeden seiner Schritte, und hemme seine Bewegungen derart, daß er an dem Erfolg seiner Mission zu verzweifeln beginne. Hierauf wurde ein Bericht eines vom erwähnten Komitee nach Ungarn entsendeten Agenten, welcher den Auftrag hatte, rückhaltslos und wahrheitsgetreu über die Stimmung der dortigen Bevölkerung, und über die Aussichten auf die Unterstützung zu berichten, auf welche man in Folge einer Invasion im Lande zu warten habe, verlesen, welcher dahin lautet: daß er Ungarn und Siebenbürgen nach allen Richtungen durchreist, mit den hervorragendsten Persönlichkeiten in Verbindung getreten, und die Überzeugung gewonnen habe, daß auf eine Insurrektion des Landes unter keinerlei Bedingungen zu rechnen sei. Man gebe sich in Italien sehr gefährlichen Illusionen hin, wenn man auf eine Hülfe oder auf eine Mitwirkung Ungarns bei dem bevorstehenden Angriff auf Oestreich rechne. Es werde zwar in Ungarn viel räsonniert und demonstriert, jedoch bloß, um dadurch der k. Regierung Zugeständnisse abzuringen; von da jedoch bis zur Gewißheit zu einer allgemeinen Erhebung sei noch ein großer Schritt. Der Agent schloß demnach seinen Bericht mit der Versicherung: daß man in Ungarn nicht im mindesten an eine Losreisung von Oestreich denke, und Italien daher von dieser Seite nicht die mindeste Unterstützung zu erwarten habe. Man kam dahin überein, zahlreiche Agenten nach Ungarn zu entsenden, um die dortige Bevölkerung zu Gunsten Italiens zu stimmen. — Vorige Woche sollte hier wieder eine Abtheilung neapolitanischer Kriegsgefangener zur piemontesischen Fahne schwören; sie verweigerten wieder den Schwur, worauf sie in ihre frühere Haft zurückgebracht wurden.

Turin, 20. Januar. [Ein Schreiben Garibaldi's.] Garibaldi hat an das Zentralkomitee von Genua folgenden Brief gerichtet:

Caprera, 13. Januar 1861. Ehrenwerther Ausschuß! Nachdem ich von der mir am 8. d. M. durch den Zentralausschuß von Genua überreichten Note Kenntnis genommen habe, fasse ich meine Antwort in folgendem zusammen: Ich nehme den Vorfall der Verbrüderung der Hülfsschiffe an; ich trete den in der Generalversammlung vom 4. d. M. ausgesprochenen drei Artikeln bei und ernegne General Bixio zu meinem Vertreter bei dem Zentralkomitee, indem ich ihn ermächtige, sich nöthigenfalls durch eine dritte Person, welche sein ganzes Vertrauen hat, ersehen zu lassen. (General Bixio hat, wie es heißt, diesen Befehl nicht angenommen.) Der Zentralausschuß wird die Vaterlandsliebe der Italiener anrufen; er wird bei allen Hülfsschiffen daran dringen, daß sie zu neuen Spenden seitens unserer Mitbürger aufrufen und alle Mittel vereinigen, um Victor Emanuel die Befreiung des übrigen Theiles von Italien zu erleichtern. Ferner wird es Hauptjorge des Zentralausschusses sein, an allen Punkten der Halbinsel, wo es noch keine solche gibt, Auschüsse zu errichten, damit die Verbrüderung so rasch als möglich von einem Ende Italiens bis zum andern or-

ganisiert sei, auch Rom und Benedig mit inbegriffen, und, nur einem einzigen Impulse folgend, überall gleichzeitig rasch denselben Zweck verfolgen könne. Die Verbrüderung muß als Parole für jeden Tag, für jeden Augenblick wählen, daß sie allen Auschüssen unausgelebt zu wiederholen und durch alle anderen Mitteln den Italienern einzuprägen hat, daß zu Anfang des Frühlings vom Jahre 1861 in Italien ohne Widerrede eine Million Patrioten unter die Waffen treten könne. Es ist dies das einzige Mittel, uns als mächtig zu erweisen und wirklich die Schiedrichter unseres eigenen Schicksals zu werden und uns der Achtung der Welt, die auf uns schaut, würdig zu machen. Ich halte es für meine Pflicht, die Freiwilligen zu benachrichtigen, daß ich für den Augenblick zu keinerlei Anwerbung gerathen oder irgendwie eine solche veranlaßt habe. Es soll in Genua ohne Verzug ein Journal unter dem Titel „Rom und Benedig“ gegründet werden, das, von dieser Idee durchdrungen, den heiligen Krieg predigt, um endlich der Schande ein Ende zu machen, welche auf Italien lastet, ein Journal, das zugleich den Wählern den Rath giebt, daß das geeignete Mittel für die Verwirklichung dieses Projektes die Wahl solcher Deputirten sei, welche, die Befreiung und Integrität Italiens über Alles stellend, die Regierung notwendig, die ganze Nation zu bewaffnen. G. Garibaldi.

### Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Ein Korrespondent des Blattes „Monde“ aus Gaeta spricht von dem außerordentlichen Fortschritte, welche die Reaktion in den Abruzzen und Calabrien macht, und hält den Ruin der piemontesischen Sache für gewiß, wenn nicht imposante Streitkräfte an die betreffenden Orte gesandt werden. Es heißt in dieser Korrespondenz, daß am 4. d. M. eine Bande von 5000 Mann, aus verabschiedeten Soldaten, Gendarmen und Bauern bestehend, unter dem Befehl eines gewissen Mecoli mit dem Rufe „es lebe der König“ Orlagna in den Abruzzen überfiel. Die Bevölkerung erhob sich zu Gunsten der Reaktion, man befreite die politischen Gefangenen und entwaffnete die Nationalgarde. Eben so meldet ein Telegramm vom 6., daß der Aufstand in Teramo zunehme; eine weitere Depêche meldet, daß die Reaktionäre, durch verabschiedete Soldaten fortwährend verstärkt, gegenwärtig eine reguläre Armee bilden. Die Piemontesen, welche Civitella blockiren, werden vom Rücken aus angegriffen. In den Gefangenissen von Teramo befinden sich allein 700 Gefangene. In San Severo wurden am 4. d. die politischen Gefangenen von dem Volk unter dem Geschrei: „Es lebe Franz II!“ befreit. Die Orte Volturino, Apricena, Castelfranco und Roseto sind in voller Revolution. Die Behörde in Venafro bittet um Hülfe und meldet, daß sich in Presenzano, Capriati, Fitignano und Pazzili neue Banden organisieren. In Isernia hat man es nicht gewagt, zwei zum Tode verurteilte Individuen zu führen, sondern schaffte sie zur Hinrichtung nach Neapel. In vielen Orten wird die an den Mauern angeschlagene Proklamation Franz II. durch bewaffnete Leute bewacht, und in Neapel ermordet man die piemontesischen Schildwachen. Man beobachtigt, die neapolitanischen Angestellten nach Toscana zu senden und sie durch florentinische zu ersetzen. (Tr. 3.)

### Portugal.

Lissabon, 15. Jan. [Die Cortes-Session] ist heute eröffnet worden. Die Abstimmung für den Präsidenten der Abgeordnetenkammer ergab, daß die Regierung 60 Stimmen Mehrheit hat.

### Türkei.

Konstantinopel, 12. Jan. [Tagesnachrichten.] Omer Pascha hat nunmehr seinen bleibenden Aufenthalt wieder in der türkischen Hauptstadt genommen. — Herr Gerruti, der mit einer Mission Victor Emanuels an den Schah von Persien beauftragt ist, ist auf dem Wege nach Teheran in Konstantinopel angekommen. — Die Pforte wurde benachrichtigt, daß abermals fünf Schiffe (ein englisches, ein amerikanisches, ein griechisches und zwei sardinische) mit Waffen- und Munitionsladungen für die Donau auf dem Wege sind. Was die zwei Fahrzeuge betrifft, deren Ladungen in Galatz bereits gelöscht wurden, so hat sich Fürst Cossa anhießig gemacht, dafür zu sorgen, daß diese Ladungen wieder an Bord der Schiffe gebracht und nach Genua zurückgeschickt werden sollen. Mittlerweile hat sich aber die Donau mit Eis bedeckt. — Ein Theil der bulgarischen Nation hat gegen die Unionsbewegung protestirt. Auch heißt es, der hohe griechische Klerus wolle wesentliche Zugeständnisse machen, um die Spaltung zu verhindern. Der armenisch-katholische Patriarch gab seine Entlassung. — Der Großrabbiner Jakob Avidor erhielt den Medschidieorden 1. Klasse. — Die vertragsmäßige Entschädigung für die Opfer der Greuel in Oschedhah ist vor einigen Tagen im Betrage von 315,000 Pfund in türkischen Konsols nach dem Kurie ausgezahlt worden. — Die Pforte wird eine Kommission nach Trapezunt schicken, um das Beitragen des dortigen Pascha's, gegen den zahlreiche Klagen vorliegen, zu untersuchen. (Tr. 3.)

### Amerika.

New York, 5. Jan. [Programm der südlichen Staaten; Berathungen des Repräsentantenhauses.] Ein Telegramm aus Washington vom 4. enthält Folgendes: Die Abreise der Kommissarien von Süd-Karolina erregt die allgemeine Aufmerksamkeit. Man weiß, daß während die Kommissarien mit dem Präsidenten unterhandelten, auch die Regierungen der beteiligten Staaten mit einander Berathungen pflogen. Wie es jetzt heißt, hatte die Berathung folgende Vorschläge zum Gegenstand: 1) Im Fall eines Bruches mit der Bundesregierung sollen die Behörden Süd-Karolina's, in ihrer souveränen Eigenschaft, augenblicklich von den Befestigungswerken und allen Vertheidigungsanstalten des Staatshauses Befreiung ergeben. 2) Bei der ersten Nachricht, daß die Regierung gegen Süd-Karolina zwangswise vorgehen will, sollen die Truppen des Staates sich aller Forts, Arsenale, Bauwerken, Kasernen u. s. w. bemächtigen, die den Vereinigten Staaten an der Südküste gehören, mit Einschluß der Befestigungen vom Kap Henry in Virginien bis zum südlichen Küstenstrich von Texas. 3) Die Telegraphen-, Eisenbahn- und Poststationen in den inneren Bezirken werden unter die Zentrale und Aufsicht von Staatsagenten gestellt. 4) Der Verkehr zwischen südlichen und nördlichen Häfen wird unterlagt, so weit es sich um Einfuhr von Kriegskontrebande aus nördlichen in südliche Staaten handelt. 5) Alle Nordländer und Andere, welche das Recht der Osttrennung nicht anerkennen oder nicht bei der Osttrennung mitwirken, werden angesrieben. 6) Alle Kriegskontrebande wird mit Beschlag belegt. 7) Das Eigentum der Nichtsympathisirenden wird konfisziert. 8) Der Staat ist gegen Fremdenlegionen, wobei sie auch kommen mögen, zu vertheidigen. — Dieses Programm soll zur Ausführung kommen, wenn die Grenzstädtler Süd-Karolina's Initiative unterstützen. Georgia steht bereits in Waffen; eben so Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas. — Gouverneur Tackson von Missouri erklärt in seiner Inauguralrede, daß Missouri bei den Sklavenstaaten aushalten müsse, was diese auch immer beschließen mögen, da die Interessen aller identisch seien. — Die republikanischen Mitglieder des Repräsentantenhauses hielten, 90 in Zahl, in Washington am Abend des 4. eine Versammlung, wobei ein Vorschlag Mr. Sherman's aus Ohio, daß die Republikaner aller Diskussion der Krise entgegenarbeiten und sich ganz den notwendigen legislativen Arbeiten widmen sollen, angenommen wurde. Mr. Hale aus Pennsylvania, Mitglied des Gouvernementes, legte eine Reihe Resolutionen vor, die von vielen Republikanern gebilligt, von andern bekämpft wurden. Sie lauteten dahin, daß alles nördlich von 36° 30' liegende Gebiet frei sein sollte; daß im Süden dieser Linie je 100,000 Einwohner, die eine Staatsverfassung bilden, mit oder ohne Sklaverei, wie das Volk entscheiden mag, aufgenommen werden sollen; und daß bis dahin weder der Kongreß, noch die Legislatur des Gebiets die Sklaverei dagegen ausschließen oder verbieten solle. Mr. Sherman schlug Amendments dazu vor. Die Versammlung vertagte sich auf den folgenden Abend, ohne einen Besluß gefasst zu haben.

New York, 10. Jan. [Die Trennungsfrage; aus Mexiko.] Aus Washington wird vom 8. d. gemeldet, daß die Regierung kleine Truppenabstellungen nach dem Süden entsende. — Der Staats-Sekretär des Innern, Mr. Thompson, hatte abgedankt, angeblich wegen der dem Fort Sumpter zugesicherten Verstärkungen. In Charleton soll große Nottherrschaft. In New-Orleans betrug die Majorität zu Gunsten sofortiger Trennung 318 Stimmen. — Der Kongreß hatte bisher keinen Plan zur gültlichen Beilegung angenommen. Späteren Berichten aus Washington zufolge hat der Präsident in einer besonderen Botschaft alle Verantwortlichkeit dem Kongreß anheimgestellt und die Wiederherstellung des Missouri-Kompromises anempfohlen. — Der „Star of the West“, der Verstärkungen für Major Anderson an Bord hatte, war bei Charleton mit schweren Schiffen empfangen worden, und ins offene Meer zurückgefahren, ohne Truppen gelandet zu haben. Die Kriegsschiffe „Brooklyn“ befand sich auf dem Wege nach Charleston. — Die Konvention von Mississippi hat sich für unverzügliche Losreisung erklärt. — Senator Seward hat die Stelle des obersten Staats-Sekretärs unter Lincoln angenommen. — Den neuesten Berichten aus Mexiko zufolge war Miramon total geschlagen und befand sich auf der Flucht. Die Hauptstadt wurde am Weihnachtstage von den Liberalen belegt. Der Kampf scheint zu Ende zu sein.

Mexiko, 16. Dez. [Niederlage der Liberalen.] Die Beendigung des Bürgerkrieges hat sich durch das Gelingen eines durch Miramon ausgeführten Neversfalls der Liberalen in Toluca wohl wieder länger hinauszögern, da der Verlust von 1000 M., Geschülen und Munition dieser Legionen, die Macht Miramons um dieselbe Zahl vermehrt, außerdem seinen Truppen wieder neuen Mut gibt und den Gegner einschüchtert, der überdies der Thätigkeit Miramons, selbst mit überlegenen Kräften, kaum gewachsen ist. In der Nacht von Mexiko nur mit einigen kleinen Bergkanonen aufbrechend und den Weg über den Mayarasgo durch das Gebirge nehmend, die Vorposten des Feindes durch List auffangend, rückten seine Truppen, 4000 Mann stark, am folgenden Tage plötzlich von allen Seiten in Toluca ein, umringten das diejenige Platz okkupirende Korps, nahmen dasselbe, welches circa 1500 Mann stark war, größtentheils gefangen und rangierten es wieder unter die Regierungstruppen. In die Hände des Siegers fielen außer einem bedeutenden Vorrath von Kriegsmaterial auch die führender Degollado

und Verrücktheit. Man beweist, daß nach diesem Unfall die Liberalen noch die Belagerung Mexiko's unternehmen werden. Nach den letzten Nachrichten waren die liberalen Hauptkorps noch in Queretaro. Der Wechsel des Kriegsglückes wird dem vor einigen Tagen eingetroffenen französischen Minister Dubois de Sagigny wohl ein günstigeres Terrain als bisher für seine Vermittelungsvorschläge bereitet haben. (H. N.)

### Vom Landtage.

#### Herrenhaus.

Aus der Adressdebatte in der 4. Sitzung des Herrenhauses am 23. d. tragen wir noch Folgendes dem bereits gestern Mitgetheilten nach: Als Berichterstatter fungirt Graf Arnim-Böckenburg, der seinen Bericht mit Vorlesung der entworfenen Adresse beginnt. Es sei gar nicht zu verwundern, daß sich gegen den so eben verlesenen Entwurf ganz erhebliche Bedenken von sehr verschieden Seiten geltend gemacht hätten, da aber der Entwurf ein Ganzes sei, so möge man ihn verwerfen, aber nichts an ihm ändern. — Herr Camphausen (Köln): Der Antrag, eine Adresse an Sr. Majestät zu richten, habe seine Berechtigung, und es wäre nur zu wünschen, daß der Adressentwurf im Hause dieselbe einstimmige Zustimmung finde, wie in der Kommission. Ich habe mich dem Amendement Baumstark angegeschlossen, und wenn ich auch in dessen Sinne spreche, so werde ich doch mein schriftliches Votum bis nach der Diskussion mir wahren. Es ist gegen den Schluß der Adresse von dem Ausbau einer Verfassungsmäßigen Grundlage ist keine Rede und es könnte daher die Art des Ausbaues zweifelhaft erscheinen. Der Redner erinnert nun an die Ansprache des jeweiligen Königs an die Minister im Nov. 1858. Es sei nicht Gebrauch an königliche Worte zu erinnern. Es habe ihn bestrebt, zu sehen, wie Sätze aus dieser Ansprache zusammengetragen worden seien, welche in der Lesart, wie er sie kennt, durch sehr erhebliche Zwischenräume getrennt sind. Es wird gesagt und hervorgehoben, daß der König keinen Bruch mit der Vergangenheit wolle, aber die Kommission läßt die Sätze aus: es soll nur eine bestehende Hand angelegt und Nebelstände, welche den Bedürfnissen der Zeit entgegenlaufen, beseitigt werden. Wenn der Entwurf auch diese wichtigen Worte wegläßt, so sind sie doch da, und jeder kennt sie, und durch diese Worte erhält das Vorbergebot der Adresse Erläuterung, und das Volk wird wissen, wie ich es weiß, um was es sich in der Wahrung und dem Ausbau der Verfassung handele. Es ist ein befremdliches Ding, Sätze aus 3 Reden zusammenzutragen und zu einem Adressentwurfe zu vernehmen, so daß die Vermuthung entsteht, es solle eine Parteimanifestation verborgen werden. (Bischof.) Der in der Adresse wiederholter Ausdruck der Ergebnisheit gegen Sr. Majestät tritt unverkennbar als der Ausdruck einer Fraktion her. Meine Ergebnisheit für den König ist nicht zu trennen von dessen Zusammenhang mit der Verfassung. Ich nehm' wahr, daß mit Übernahme der Regentenschaft neues Vertrauen in Preußen und Deutschland zu einem verfassungsmäßigen Leben erwuchs und bin überzeugt, daß mit diesem gebundenen Vertrauen Preußen und Deutschland starken Nutzen der Zukunft ins Auge schauen können. (Bravo!) Herr v. Kleist-Reichenbach beginnt mit Hervorhebung der hohen Eigenschaften des hochseligen Königs. Es sei schwer, in der Gegenwart schon das Leben und die Thaten des Königs vollkommen zu würdigen. Die Könige können irren, und wir auch. Die Könige Preußens leitete stets die Devise „suum cuique“, indem sie vor Allen Gerechtigkeit handhabten. Der Redner erkennt, gegenüber dem Baumstark'schen Antrage, die dringende Notwendigkeit an, mit Dank das auszusprechen, was die Adresse enthält. Die Verfassungsentwicklung Preußens könnte nicht anders aufgefaßt werden, als in der Verbindung des Vorhandenen mit der Vergangenheit, besonders auch mit der Schöpfung, die der hochselige König in dem vereinigten Landtage aufgestellt. Die gegenwärtige Verunkenheit im Materialismus lasse freilich fürchten das gänzliche Vergessen unserer glänzenden Geschichte. Solcher Erscheinung sei Preußen schon einmal im Anfang des Jahrhunderts erlegen; lassen wir uns auf, daß keine Wiederholung stattfinde. Erkennen wir daher, daß an der Spitze unseres Vaterlandes ein Willen stehe, der in keiner Weise behindert werden kann oder darf. Lassen wir uns daher nicht leiten von einem Konstitutionalismus, der die höchsten Angelegenheiten des Landes einer möglichst allgemeinen Abstimmung unterwerfen möchte. Er und seine Freunde wollen sich dem König nähern, wo er noch ist König von Gottes Gnaden, ohne Ministerverantwortlichkeitsgesetz; wir scheiden den Willen des Königs vom Willen der Minister. Wir lassen uns nicht leiten von dem Gebrauch, die ganze Staatsgewalt einer Kritik zu unterwerfen. Betreffend die Hasselbach'schen Anträge, scheint dem Redner der erste der selben nicht geeignet, ein Ausdruck des Hauses werden zu dürfen, und auch der zweite Antrag sei nicht zu billigen, da er Bedenken gegen die Bewilligung der Mittel zur Durchführung wichtiger Staatsverwaltungsmaßregeln enthalte. Es sei daher das Haus nun zu erüthern, die Verwaltungsanträge abzulehnen.

Herr Bloemer: Ich habe dem Adressantrag zugestimmt, und wenn ich die vollkommenste Anerkennung für die hohen Eigenschaften des hochseligen Königs theile und die ganze Ergebnisheit für das regierende Königs Majestät wahre, so vermag ich doch nicht die Trauer über das Verlorene vor der Freude über das zu trennen, was uns geworden, und wie jene, so hätte unzweifelhaft auch diese einen mehr hervortretenden Ausdruck in der Adresse finden müssen, als es wirklich der Fall ist. Ist der Kampf des Hauses nicht zu vermeiden, so mag er seine Stelle finden, aber nicht hier, wo es sich um eine Ergebnisheitsadresse handelt. — Herr Hasselbach deutet darauf hin, daß die Adresse jetzt nicht gut angethan sei, eine politische Debatte zu eröffnen, dazu wäre erforderlich gewesen, die Kommission nicht einzige aus Mitgliedern einer Fraktion des Hauses zu bilden. Die Folge hiervom war, daß die Adresse einseitig werden mußte. Der Redner zitiert nun die Quellen, denen mehrere Ausdrücke der Adresse entnommen, und erklärt dann, daß des Inhaltes der Thronrede die Adresse fast gar nicht gedenkt. Den beantragten Zusatz des Redners könnte das Haus unbedenklich annehmen, wenn es nicht aus Gründen Opposition machen wolle. Sollte der Passus danach der Anerkennung der Vermehrung des Heeres die einzige Anerkennung des Inhaltes der Thronrede sein, dann wird diese Anerkennung das Land als sehr wohlfeil ergangen erkennen. Der Redner bitte schließlich, seinem Antrag zu stimmen, und dem Schluß der Adresse werde dann sich mit größerer Begeisterung das ganze Land anschließen. — Herr v. Senfft-Pilsach: Es bestehen, seitdem das Haus die Hand zur Grundsteuerausgleichung, freilich mit schwerem Herzen, geboten, nur die Differenzpunkte zwischen Haus und Regierung: Die Regierung will den Wucher freigeben, sie will die Wiedertrauung Geschiedener erleichtern, sie will die Obigkeit den Juden anvertrauen. Das Alles beträfe aber nicht Interessen des Volkes, sondern Interessen der Juden. — Herr Baumstark: Die geschlossene und starke Majorität der Rechten des Hauses hat die Bildung der Abtheilungen und Kommissionen in ihrem Sinne zur Folge, worin sich mindestens Unbarmherzigkeit gegen die andern Mitglieder des Hauses aus spreche. Hieraus sei aber auch erklärbar, daß die Adresse der Ausdruck einer Tendenz sei. Er habe die Streichung dreier Stellen vorgeschlagen, weil er nicht wünsche, daß jene politischen Ansichten, die er nicht thelle, untergehen würden. In einer Adresse, wo man sich dem Throne nährt, zieht es nicht, Urtheile zu fällen über Alte der Vergangenheit, welche man viel besser mit Stillschweigen hätte übergehen sollen, mehr oder weniger prononzierte Urtheile zu Gunsten des vereinigten Landtags abzugeben. Der Adressat sei der Vorwurf zu machen, daß sie zu viel mebrdeutige Behauptungen politischen Charakters enthalte. Es befinden sich in der Adresse politische Deduktionen, welche man höchstens mit Reservierungen unterschreiben könnte. Ein weiterer Vorwurf sei der Adressat in der geistlichen Trennung der Krone von den Räthen der selben zu machen. Das preußische Königthum sei stark in seiner frei gewählten Stellung und in dieser habe es das Recht der Wahl seiner Räthe, die von der Krone nicht zu trennen seien. Es sei mit keinem Worte der konstitutionellen Verfassung Erwähnung gethan, wohl aber fänden sich Stellen darin, welche eine große Neigung zu einer absoluten Monarchie oder mindestens zu einer Wiederherstellung der ständischen Repräsentation verrathen. Es sei nicht richtig, daß die Kreisstände mit der Verfassung in innere Harmonie gebracht werden seien; man habe jene mit dieser nur äußerlich verbunden. Man habe der Zusammenkunft mit europäischen Monarchen nicht gedacht. War hier von der Thronrede kein besserer Gebrauch zu machen? Die Adresse sei sogar nicht einmal auf den Kern der Thronrede eingegangen, der unzweifelhaft in den Worten liege, daß der König nach denjenigen Grundsätzen regieren werde, welche er bei der Übernahme der Regentenschaft ausgesprochen. Es sei zu bebauern, daß die Adresse des Herrenhauses, gegenüber der kargen Thronrede, nur eine Menge Redensarten enthalten sollte. Die vom Redner gefestigten Amendements haben nur den Zweck, kurz und prägnant seine Stellung zur Adresse auszudrücken. Er habe keinen Gegentwurf vorgeschlagen, weil der selbe doch bestreit werden wäre. Sollte, was Gott verhüten möge, ihm und seinen Freunden der Zwang auferlegt werden, mit Nein zu stimmen, so wollen sie doch alle unter die treuesten und ergebensten Unterthanen Sr. Maj. des Königs gerechnet werden.

Dr. Stahl thut zunächst dar, daß die Adresse die erhaltene Gestalt erhalten müsse, wenn das Ewige und Unvergängliche nicht dem Vergänglichen untergeordnet werden sollte. Wolle man herausstufen, daß die Adresse der Ausdruck einer Partei sei, nun, so werde dieser Vorwurf gern angenommen. (Bravo rechts.) Es könne zugegeben werden, daß die Adresse einer Aenderung durch manchen Zusatz fähig sei, weniger aber könnte das Bedürfnis dafür nachgewiesen werden. Betreffend die Trennung der Krone von ihren Räthen erklärt der Redner, daß er immer die Krone zwat für verantwortlich, aber nur das als zulässig erkannt hat, die Handlungen der Räthe in beiderlei Weise zu kritisiren und diese Trennung müsse in Preußen allgemeine Anerkennung finden. In Bezug auf den ersten Theil des Hasselbach'schen Amendements sei der Vorwurf, den der Antragsteller der Kommission macht, weit mehr geeignet, seinen eigenen Antrag zu treffen, der etwas hervorhebe, wozu gerade der Antragsteller keine Verfassung haben sollte. Der zweite Theil des Antrages scheine nicht in die Adresse zu gehören, da er im Widerspruch mit der Loyalität erscheinen könnte, die in Preußen nie gefehlt habe. Herr Baumstark verlange die Streichung mehrerer Stellen; erfolgte diese, so bleibe nichts als eine bloße Anerkennung des Königs in seiner jetzigen und seiner Stellung als Regent; es scheine aber eine solche Anerkennung dem Herrenhause nicht zuzustehen. Der Redner ging nun auf das Leben des hochseligen Königs über, das es fordere, seiner lebhaft dankbar zu gedenken. Wie Sr. Majestät aus freiem Willen dem Lande die Verfassung verliehen, so sei es dasselbe freie Wille Sr. jetzt regierenden Majestät, die Verfassung aufrecht zu erhalten und auszubauen. Es sei daher Erthum, als wäre mit dem jetzt regierenden Königs Majestät eine neue Ära für das Verfassungsliebe Preußen eingetreten. (Bravo! Rechts.) Es stehe zu hoffen, daß das starke Königthum Preußen verbleibe und mit ihm werden Recht und Gerechtigkeit immer gesichert sein. (Bravo! Rechts.)

Ein auf Schluß der Diskussion gestellter Antrag wird angenommen. — Graf Arnim-Böckenburg vertritt als Referent den Adressentwurf gegen die Vorwürfe, die ihm gemacht wurden, ohne dem dafür schon Ausgesprochenen wesentlich Neues hinzuzufügen; er fürchtet aber, daß, wenn man in dem Sinne einziger Anführungen der Vorredner die Verfassung ausbauen wolle, man einen Bau ohne das nötige Fundament erhalten werde. In Preußen mögen die Minister wechseln, die wesentlichen Prinzipien dürften hier sich damit nicht ändern, daher es hier anerkannt werden müsse, die dauernden Grundätze der Regierung zu vertreten gegen jedes Ministerium, selbst wenn es Mißfallen zur Folge habe. (Bravo! Rechts.) Daß die Kommission gewisse Fragen in der Adresse nicht berührt, sei ihr mit Unrecht zum Vorwurf gemacht, da sie ja diese Fragen unbeküft in ihrem Sinne hätte aufnehmen und behandeln können. Die weiteren Ausflüsse sind ohne Interesse. Bei der Abstimmung werden sämmtliche Amendements verworfen und die Adresse mit sehr großer Mehrheit angenommen. Die Mitglieder werden durch Namensaufruf aufgerufen, die Adresse sofort zu unterzeichnen. Die Polen und die anderen Mitglieder, die bei der Abstimmung in der Minorität waren, antworten auf den Namensaufruf nicht.

### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 24. Jan. [Die Grundsteuervorlage.] Der Darlegung des Finanzministers über die Grundsteuervorlage entnehmen wir nach den stenographischen Berichten über die vorgestrige Sitzung des Hauses der Abgeordneten noch Folgendes: Zu dem Mehrertrag der Grundsteuer von 2,073,000 Thlr. kommen event. aus den Gebäudesteuer 569,000 Thlr. Von dieser Gesamtmehreinnahme von 2,642,000 Thlr. werden 400,000 Thlr. zur Verzinsung und Amortisation der Entschädigungssumme erforderl., so daß für die nächsten 40 Jahre ein jährliches Plus von 2,200,000 Thlr. bleibt. — Daß die Instruktionen zur Ausführung des Gesetzes unter Beziehung einer großen Zahl von Sachverständigen berathen sind, ist bereits bekannt. — Die Entschädigung sollte nach dem früheren Entwurfe so berechnet werden, daß die Differenz zwischen der bisher entrichteten Steuer oder Steuerfreiheit und der landesüblichen Steuer zu Grunde gelegt wurde. Danach fiel in verschiedenen Provinzen die Entschädigung verschieden aus. Da nach dem jetzigen Entwurfe die bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücke aber nicht mehr die Zwischenstufe der bisher landesüblichen Steuer durchzumachen haben, sondern gleich zu der definitiv ihnen aufzugelegten Landesteuer herangezogen werden sollen, so hält es die Regierung für gerecht, daß die Entschädigung geleistet werde nach der Differenz zwischen der bisherigen Steuerfreiheit oder Steuerbefreiung und der künftigen definitiven Steuer. Dabei soll die Entschädigung im Ganzen quantitativ nicht überschritten, und das zu gewährnde Entschädigungsquantum auch jetzt bestimmt werden nach der Differenz zwischen der bisherigen und der landesüblichen Steuer; nur die Verhältnisse an die einzelnen Entschädigungsberechtigten soll nach Maßgabe der dauernden Mehrbelastung erfolgen.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Jan. [Stadtverordnetenversammlung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gab der Vorsitzende, nachdem zuvor ein neues Mitglied der Versammlung, der Zimmermeister Hebanowski, eingeführt und durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet war, einen kurzen Bericht über den huldreichen Empfang, den die Seitens der Stadt nach Berlin entstande Deputation, um an höchster Stelle eine Kondolenz- und Ergebnisheitsadresse zu überreichen, bei Sr. Maj. dem Könige gefunden. Der Redner bemerkte schließlich, daß er sich zu diesen Mittheilungen um so mehr verpflichtet fühle, als die in die Presse übergegangenen Berichte über den Empfang der Deputation eine abweichende Deutung zuließen, welcher er hiermit gleichzeitig entgegentreten wolle. — Zur Tagesordnung übergehend, wurde alsdann die Wahl der Mitglieder zu den verschiedenen Fachkommissionen vorgenommen, die hier nach für das laufende Jahr in folgender Weise zusammengestellt sind: 1) Kommission für Rechtsachen (5 Mitglieder): die Stadtverordneten Dönniges, L. Jaffe, Janowicz, Schimmelppennig und Walther. 2) Finanzkommission (12 statt der bisherigen 15 Mitglieder): die Stadtv. Annuz, B. H. Asch, R. Asch, Breslauer, L. Jaffe, Sal. Jaffe, Sam. Jaffe, Janowicz, Knorr, Lipschitz, Lütke, Magnuszewicz, Mamroth, Matecki, Meisch, Meyer, Schimmelppennig und R. Schmidt. — Der Magistrat war vertreten durch die Stadtträthe Au, v. Chlebowksi, Mamroth, Müller und Samter.

R — [Provinzialbank.] Gestern hat eine Versammlung des Verwaltungsraths der hiesigen Provinzial-Aktienbank stattgefunden, in welcher die Dividende für das Jahr 1860 auf 5 1/10 Prozent festgestellt worden ist. Das wird jedem, der die männlichen Beschränkungen und Hemmnisse kennt, mit denen die Wirklichkeit der Provinzialbanken zu kämpfen hat, als ein sehr günstiges Resultat ersehen, zumal wenn er noch die verschiedenen Momente in Anschlag bringt, welche den geschäftlichen, den Handels- und Gewerbverkehr im abgewichenen Jahre nirgend zu voller Frische und muthiger Entfaltung kommen ließen. Dasselbe spricht unbedingt sehr vortheilhaft für die Umsicht und Thätigkeit der Verwaltung unserer Bank, während es ein erfreuliches Zeichen für die günstigen Kreditverhältnisse unserer Provinz ist, daß, wie wir hören, auch nicht der mindeste Verlust beim Wechselverkehr der Bank während des verlorenen Jahres vorgekommen ist.

[Armenunterstützung.] Von den Herren Justizrat Duschke und Kommissionsrat Baarth war neuerlich die Idee angeregt worden, zur Unterstützung der Armen, deren Lage namentlich durch die anhaltende strenge Kälte wesentlich verschlimmert erschien, hier einen Hülfsverein zu bilden. Gestern fand auf Einladung der genannten Herren eine öffentliche, keineswegs sehr zahlreich besuchte Versammlung im Rathause statt, von welcher das Projekt genehmigt wurde. Man erwählt demgemäß für weitere Vorschläge und event. zur Konstituierung eines permanenten Unterstützungsausschusses ein Komitee, das aus folgenden Herren besteht: Justizrat Duschke, Dr. Matecki, Stadtrath Eduard Kaaz, Provinzmeister Niedel, Stadtrath Au, Zimmermeister Hebanowski, Hausbesitzer Meisch, Oberprediger Klette, erzbischöflicher Konfessorialrendant Janowicz, Kaufleute Annuz, M. Breslauer, Magnuszewicz, Mamroth und Walther. 3) Baukommission (7 Mitgl.): die Stadtv. R. Asch, Borchardt, Beckert, Hebanowski, v. Kaczkowski, Meyer und Schmidt. 4) Schulkommission (7 Mitgl.): die Stadtv. Berger, Cegielski, Sal. Jaffe, v. Kaczkowski, Löwinsohn, Matecki und Meyer. 5) Armenkommission (7 Mitgl.): die Stadtv. R. Asch, Berger, Borchardt, Dahlke, Sam. Jaffe, Löwinsohn und Matecki. 6) Gewerbekommission (5 Mitgl.): die Stadtv. Annuz, Hebanowski, v. Kaczkowski, Löwinsohn und Mamroth. 7) Kommission für Wahlen (3 Mitgl.): die Stadtv. Gałżewski, Meisch und Walther. 8) Zu Mitgliedern der Gaskommission: die Stadtv. Annuz und Beckert und Oberlehrer Dr. Szafrkiewicz. 9) Als Beisitzer der Kreisversatzkommission: die Stadtv. Borchardt und v. Kaczkowski, und zu dessen Stellvertretern: der Stadtv. Meyer und Kommerzienrat Bielefeld. Für die ordentlichen Kassenrevisionen wurden die Stadtv. B. A. Asch und Walther, und für außerordentliche Kassenrevisionen der Vorsitzende gewählt. — Den Spar- und Pfandleihkassen-Rechnungen pro 1857 und pro 1858 wurde, nachdem dieselben Seitens der Finanzkommission geprüft, Decharge ertheilt. — Die zwischen den städtischen Behörden vereinbarte neue Verordnung über die Erhebung der Hundesteuern ist der königl. Regierung zur Bestätigung eingereicht und von dieser in einigen Punkten beanstandet worden. Die kgl. Regierung wünscht, daß die zur Bewachung von Gehöften dienenden Hunde, ferner die Hunde der königlichen und Kommunal-Forstbeamten und die der Nachtwächter von der Steuer befreit bleiben. Die Versammlung bleibt indeß bei ihren früheren Beschlüssen stehen, da eine gesetzliche Befreiung der angeführten Kategorien, so weit sie in hiesiger Stadt vorhanden, nicht geboten ist. — Der Buchdrucker Mardonai Marx aus dem Großherzogthum Hessen,

seit 5 Jahren in der hiesigen Decker'schen Buchdruckerei beschäftigt, ersucht um die Erlaubnis zur Niederlassung und Naturalisation in hiesiger Stadt. Die Versammlung ertheilt ihre Zustimmung. — Die Verpachtung der Schuhmacherstellen rechts am Eingange des Rathauses pro 1861—64 für eine jährliche Pacht von 74 Thlr. 5 Sgr. wird genehmigt. — Für die Kämmererwiesen auf der Bočianka ist in dem zur Verpachtung angefeierten Termine nur ein Meistgebot von 100 Thlr. abgegeben. Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu eruchen, einen nochmaligen Lizitationstermin, und zwar Ende März oder Anfang April, anzubauen. — Der Magistrat beantragt, den hinter dem Theresienkloster belegenen Garten nicht wieder zu verpachten, sondern denselben zur Benutzung für die Rekonvaleszenten in den städtischen Krankenanstalten zu lassen. Die Angelegenheit wird einer Kommission, bestehend aus den Stadtv. Borchardt, Dahlke, Garsky und Matecki, überwiesen. — Die Verpachtung des Gartens bei der Realsschule auf ein Jahr für eine Pacht von 20 Thlr. an den Direktor der Anstalt wird mit dem Vorbehalt genehmigt, daß ein Theil derselben, wenn dies zum Neubau des Realsschulgebäudes erforderlich, jeder Zeit gegen entsprechende Rückvergütung der Pacht zurückgenommen werden kann. — Bei den Gesuchen der Juliane Wollmann und der Charlotte Lindner um Ertheilung der Konzession als Gesindevermiettherinnen wird Seitens der Versammlung die Nützlichkeit und Bedürfnisfrage bejaht, dagegen bei dem Gesuch des M. W. Juromskis um Ertheilung der Konzession als Kommissionär verneint. — Der Vorsitzende macht der Versammlung die Mitteilung, daß der Lehrer Heinze die Wahl zum Lehrer an der hiesigen Mittelschule, die derselbe anfänglich wegen zu niedrigen Gehaltes abgelehnt, nachträglich noch angenommen habe, eine Neuwahl also nicht erforderlich sei. — Bekanntlich war Seitens der Kommunalbehörden auf Veranlassung der königl. Regierung aus den Beschlüssen, die im Laufe der Zeit aus den Verhandlungen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung entstanden waren, ein Ortsstatut zusammengestellt und dasselbe der königl. Regierung zur Bestätigung eingereicht. Der Vorsitzende teilte nun gestern ein Reskript der königl. Regierung mit, worin dieselbe in Rücksicht auf die legislativen Änderungen, die dem Kommunalwesen voraussichtlich in nächster Zeit bevorstehen, die Ansicht ausspricht, daß es zweckmäßig erscheine, vorläufig von der Aufstellung eines solchen Statuts Abstand zu nehmen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Ferner wurde vom Vorsitzenden die Schenkungsurkunde des Kaufmanns Berger über ein Kapital von 50,000 Thlr. zum Bau eines neuen Realsschulgebäudes mitgetheilt. Wir erwähnen aus derselben als Beweis für die humane Gesinnung des Gebers die Bedingung, daß die Anstalt für alle Zeiten von Schülern jeder Religion und jeder Nationalität besucht werden kann, daß ferner die Zinsen des etwa verbleibenden Überschusses zu Stipendien für würdige Schüler der Anstalt, ebenfalls ohne Rücksicht auf Religion oder Nationalität, verwandt werden sollen. Von dem Vorsitzenden aufgefordert, drückte die Versammlung durch Aufstellen ihrer Anerkennung und ihrem Dank für die Schenkung aus. Die Versammlung bewilligte gleichzeitig auf Antrag des Magistrats die Kosten zu einer Reise des Stadtbaudienstes nach Berlin und Danzig, damit derselbe die an diesen Orten befindlichen Anstalten, die als vorzüglich empfohlen sind, in Augenschein nehme. — Schließlich bewilligte die Versammlung auf das Grundstück Fischerei Nr. 74 ein Darlehen von 1500 Thlr. — Anwesend waren die Stadtverordneten: Duschke (Vorsitzender), Annuz, B. H. Asch, Borchardt, Dahlke, Beckert, Garsky, Hebanowski, Hize, L. Jaffe, Sam. Jaffe, Janowicz, v. Kaczkowski, Knorr, Lipschitz, Lütke, Magnuszewicz, Mamroth, Matecki, Meisch, Meyer, Schimmelppennig und R. Schmidt. — Der Magistrat war vertreten durch die Stadtträthe Au, v. Chlebowksi, Mamroth, Müller und Samter.

R — [Provinzialbank.] Gestern hat eine Versammlung des Verwaltungsraths der hiesigen Provinzial-Aktienbank stattgefunden, in welcher die Dividende für das Jahr 1860 auf 5 1/10 Prozent festgestellt worden ist. Das wird jedem, der die männlichen Beschränkungen und Hemmnisse kennt, mit denen die Wirklichkeit der Provinzialbanken zu kämpfen hat, als ein sehr günstiges Resultat ersehen, zumal wenn er noch die verschiedenen Momente in Anschlag bringt, welche den geschäftlichen, den Handels- und Gewerbverkehr im abgewichenen Jahre nirgend zu voller Frische und muthiger Entfaltung kommen ließen. Dasselbe spricht unbedingt sehr vortheilhaft für die Umsicht und Thätigkeit der Verwaltung unserer Bank, während es ein erfreuliches Zeichen für die günstigen Kreditverhältnisse unserer Provinz ist, daß, wie wir hören, auch nicht der mindeste Verlust beim Wechselverkehr der Bank während des verlorenen Jahres vorgekommen ist.

[Armenunterstützung.] Von den Herren Justizrat Duschke und Kommissionsrat Baarth war neuerlich die Idee angeregt worden, zur Unterstützung der Armen, deren Lage namentlich durch die anhaltende strenge Kälte wesentlich verschlimmert erschien, hier einen Hülfsverein zu bilden. Gestern fand auf Einladung der genannten Herren eine öffentliche, keineswegs sehr zahlreich besuchte Versammlung im Rath

Geschmacks, eines allmächtigen Sieges unbedingt sicher. Dass sich dies immer mehr auch bei uns bewähre, dass dezenenlangen Anstrengungen auf diesem Gebiete allmächtig immer reichere Früchte tragen, dass der edlere, echte Geschmack sich mehr und mehr Bahn breche und zur Herrschaft gelange: das ist die erfreuliche Hoffnung, welche an das ehrenwerthe künstlerische Streben sich knüpft, aus welchem, namentlich im Provinzialstädten, fast allein derartige musikalische Unternehmungen hervorgehen; da ein nennenswerther materieller Gewinn nur in den seltensten Fällen sie begleitet! — Dass das Programm ein umsichtig und an sich, wie mit Rücksicht auf die noch fortwährende Trauerzeit wohl gewähltes gewesen, haben wir schon früher anzuerkennen Gelegenheit genommen.

Ein vorwiegendes Interesse in demselben beanspruchte zweifelsohne die hier ganz neue, vor Kurzem erst im Stich (in der Hofmusikalienhandlung von Vöte und Bock) erschienene große Symphonie in Amol., von Emilie Meyer. Und das mit vollstem Recht. Wer in unserer blästirten und emanzipierten, vielfach zerklüfteten und revolutionären musikalischen Gegenwart, deren sogenannte Titanen (sie halten sich wenigstens selbst dafür!) unfruchtbare Felsenstücke zu wirtem Bau auseinander thürmen, um den Olymp der Kunst zu stürmen und die alten klassischen Götter von ihren Thronen hinabzustürzen und zu vernichten (freilich ein vergebliches Beginnen, das nur mit dem eigenen Surge der modernen Himmelsstürmer enden kann!) — wer sagen wir, in solcher Zeit, den ernstesten, höchsten, und — verhehlen wir's nicht, äußerlich undankbarsten Aufgaben der schaffenden Kunst mit ernster Regung sich zuwendet, beweist schon dadurch echte Liebe zur Kunst, offenbart schon dadurch ein eben so würdiges als beachtens- und anerkennenswertes Streben. In noch höherem Maasse ist das der Fall, wenn an so große Aufgaben eine Dame sich wagt. Wir zählen so manche Komponistinnen. Aber die große Mehrzahl derselben bekränzt sich auf Gesang- oder leichtere Salonkompositionen, und selbst die beiden Damen, von welchen uns größere Instrumentaltonwerke bekannt sind (Konstanze Geiger und Nina Stollewerk — beides Wienerinnen) haben unseres Wissens nie auch nur den Versuch gemacht, eine Symphonie zu schreiben. Fil. Emilie Meyer würde sonach das Verdienst gebühren, die Initiative in diesem schwersten Genre der Komposition ergriffen zu haben, ein Verdienst, das um so höher anzusiedeln, als der Versuch formell und materiell so wohlgelungen ist, und eine eben so frische und anmutige Erfindungskraft, als ernstes, gründliches Studium, eine eben so tüchtige und ausgedehnte Kenntniß aller hier einzulagenden Disziplinen, als eine strenge Zucht der Schule, eine anerkennenswerthe künstlerische Selbstbeschränkung befunden. Jedenfalls ist dies nicht die erste Symphonie, welche die Künstlerin geschrieben. Denn auch bei bedeutendem Talent gelangt man erst durch mannichfache Übung zu der Klarheit und Sicherheit, welche für den auszusprechenden Gedanken in seinen mannichfachen Modifikationen die entsprechende plastische Form, die korrekte Zeichnung der musikalischen Gebilde und deren Belebung durch die mannichfältigsten Farben in richtigem, wohlthuendem und wirkungsvollem Wechsel finden lädt.

Dass wir in dem Werke in Nede keine absonderliche Genialität finden, haben wir schon neulich ausgesprochen, und wir sind sehr

geneigt, darin einen Vorzug zu erkennen. Denn was heutzutage auf musikalischem Gebiet als genial in vollständiger Verkenntung der Grundbedingungen musikalischer Kunst uns angepriesen wird, ist meist nur das Produkt mühsamster Reflexion, im besten Falle eines gedanklichen Schaffens, für dessen prägnanten und eigenthümlichen Ausdruck der Musik entweder die Mittel überhaupt nicht zu Gebote stehen, oder für welches die Komponisten trotz alles Ringens den rechten innerlichen Ausdruck nicht zu finden vermögen, während sie an seine Stelle ein wirres Chaos, eine außerliche, oft barocke und im tiefsten Grunde unmusikalische — die Form, der sie nicht mächtig sind und die sie deshalb für antiquirt ausgegeben, und neben ihr die volle Klarheit und plastische Gestaltung über Bord werfende, nur Klangeffekte, und oft recht triste, erzeugende Produktion legen. Von dieser Genialität hat Fr. M. nichts, wenn sie auch die orchesterale Effekte sehr wohl kennt und dieselben mit großem Geschick zur Illustrirung ihrer musikalischen Gedanken zu verwenden weiß.

Die Melodie, die eigentliche musikalische Sprache ist es, die sie mit Recht vorzugsweise kultiviert, ohne es an nicht selten interessanter harmonischer Stütze, an guter, den Gedanken wohlnuancirt auseinandersehender thematischer Arbeit, an frischer, bisweilen recht pikanter Modulation &c. fehlen zu lassen. Diese Melodien sind frisch und ansprechend, selbst wo sie bisweilen an Bekanntes gemahnen, und zeugen von warmer Empfindung und reger Phantasie, wenn ihnen auch hier und da (für die Symphonie) mehr Größe und eine breitere Führung zu wünschen und das Verarbeiten kleinerer Motive durch schwungvollere Anlage zu ersehen wäre. Wir haben dabei namentlich das sonst sehr schöne Adagio und das frische, lecke Finale im Auge, während der erste Satz durch die seine imitatorische Ausarbeitung und Motivenverknüpfung bisweilen an grobstiger, durchsichtiger Klarheit etwas einbüßt. Dabei gestehen wir gern zu, dass eine stärkere Besetzung des Saitenquartetts, als sie hier möglich war, für den Gesamteindruck wesentlich hebend gewirkt haben würde. Die Aufführung war im Ganzen eine sehr gelungene, und diese wie das Werk selbst fand lebhafte Beifall unter den Zuhörern. Die im Konzert anwesende Komponistin sprach sich sehr befriedigt über die Aufführung aus — und das will um so mehr sagen, als das Werk in der That dem Dirigenten wie dem Orchester keine leichte Aufgabe stellt.

Überhaupt hat Herr Radetz mit seinem Orchester die Zwischenzeit mit großem Fleiß benutzt, und wir bekennen gern, dass die Gesamttaufführung der Soirée auch in den übrigen Nummern eine sehr wohl befriedigende gewesen. Das Allegro der Ouverture zum Wasserträger von Cherubini ward allerdings unbedingt zu langsam genommen, und auch sonst hätten wir, der Ouverture zu "Don Juan" sowohl, als der Beethoven'schen D dur-Symphonie, noch mehr Schwung und poetischen Hauch gewünscht. Aber auch das wird sich allmächtig erreichen lassen, wenn Dirigent und Aufführende auf dem betretenen guten Wege, wie zu hoffen steht, mit liebevollem Eifer forschreiten.

Dr. J. S.

# Kreis Buk, 24. Januar. [Wegeordnung; ein mutmaßlich toller Hund.] In unserer Provinz ist es ein großer Uebelstand, dass es der selben an einer allgemeinen Wegeordnung mangelt, und unsere Abgeordneten würden sich unbedingt ein großes Verdienst erwerben, wenn sie solche, wie es

bereits in anderen Provinzen der Fall, in Anerkennung brächten. Für die jetzigen Verhältnisse sind die bisher gültigen Bestimmungen über die Verpflichtungen zur Unterhaltung und Instandsetzung der Wege nicht mehr passend; so lange diese aber nicht im Wege der Gesetzgebung durch andere erlegt sind, will sich Niemand lasten aufzubürden lassen, die er bisher nicht zu tragen hatte, während mehrere Gemeinden die Leistungen, die ihnen nach dem Wortlaut des Gesetzes zufallen, ihrer notorischen Armut wegen zu erfüllen oft nicht im Stande sind, daher zur Aushilfe bei den Wegeverbesserungen oft meilenweit entfernte Gemeinden herangezogen werden müssen. Im allgemeinen Interesse ist es lebhaft zu wünschen, dass die Wege zu beiden Seiten mit Bäumen bepflanzt werden. Vor einigen Tagen kam in der späten Abendstunde ein fremder Hund in den Schäfertal des Dom. Wiczorzewo und bis dort mehrere Schäferhunde. Die Schäferhunde verfolgten den anscheinend tollen Hund, indem vergeblich. Die gesessenen Hunde sind sofort erstickt.

Brzembork, 24. Januar. [Handwerkerstrebekasse; Wuth; Krankheiten.] Am Montage fand hier die jährliche Generalversammlung des Handwerker-Sterbekassenvereins statt, wobei ca. 60 Mitglieder anwesend waren. Es sind im vorigen Jahre im Ganzen bei dem Vereine 7 Sterbefälle vorgekommen, wofür aus der Kasse je 20—30 Thlr. gezahlt wurden. Der gegenwärtige Kassenbestand beläuft sich auf über 4000 Thlr. In Folge der günstigen Situation der Kasse wurde der Vorbrug gemacht, die Zahlungen bei Sterbefällen, deren höchste jetzt 30 Thlr. beträgt, zu vermehren, außerdem aber auch noch den erkrankten Vereinsmitgliedern Arzt und Apothek freizuzahlen. Eine Kommission soll diese Angelegenheit berathen und darüber Bericht erstatten. — In Grostwo gerieten am Sonntag Abend 2 Eisenbahnerarbeiter, Brüder, in Streit, der so heftig wurde, dass, als der Eine den Anderen packte und ihm die Arme festhielt, um ihm am Schlagen zu verhindern, jener diesem nach dem Gesicht sprang und ihm die Nasenpitsche abbiss. — Gegenwärtig grasten hier besonders unter den Kindern im hohen Grade Masern und Scharlachfieber, letzteres häufig mit tödlichem Ausgang. Aber auch Lungenkrankheiten, namentlich Lungenentzündungen, sind nicht selten.

Nakel, 24. Januar. [Diebesbande.] Seit Jahren sind hier nicht so viele Diebstähle vorgekommen, wie in diesem Winter. Vor einigen Tagen wurde die ganze Diebesbande, die hier die Verbrechen begangen hatte, ermittelt. Ein Dienstjunge nämlich, der seiner hiesigen Herrschaft entlaufen, nachdem er sich kleine Entwendungen zu Schulden kommen lassen, wurde von der Polizei aufgefangen. Es gefand, dass er Mitglied einer Diebesgesellschaft sei, der er bei Ausübung aller hier vorgenommenen Diebstähle und nächtlichen Einbrüche Wachdienste geleistet und Anweisung erhielt habe. Die Diebe waren aus benachbarten Dörfern, kamen Nachts zur Stadt und wurden von dem mit Lokal-Kenniss ausgerüsteten Jungen an die zur Ausführung der Diebstähle bezeichneten Orte geleitet. Die meisten gestohlenen Gegenstände sind fortgeschafft, doch soll ein Theil noch vergraben sein und hat der Junge auch die Orte angegeben, wo sie liegen. Mehrere der Diebe sind gleich zur Haft gebracht, die anderen waren flüchtig, sind indes gestern auch festgenommen und ans Kreisgericht nach Bobiens abgeliefert worden.

### Angekommene Fremde.

Vom 25. Januar.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Szymborski aus Neudorf und Generalbevollmächtigter v. Chrzanowski aus Mechlin.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Kwikleki aus Oporowo, v. Balczewski aus Ostiel, v. Strzydlewski aus Djierzazno und v. Bienkowski aus Smuszewo.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsb. Dobrmann aus Chrząstow, Posthalter Kunau aus Wreschen, Gutspächter Szulczewski aus Bogumino, die Gutsb. Bagrowiecki aus Szczepnitz und v. Pradzynski aus Biszupice.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Badicke aus Kotlow, v. Jaraczewski aus Glogow und Wzdolski aus Warschau, Komponistin Gräfinne Meyer aus Stettin, Fabrikant Anagis aus Krefeld und Kaufmann Storch aus Leipzig.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Königl. Kammerherr Dr. v. Hiller aus Betsche, die Rittergutsb. Liviis aus Turowo, v. Dobrzycki aus Babrowo und Strauwen aus Pawlowice, die Kaufleute Otto aus Leipzig, Bastian aus Berlin und Knapp aus Nürnberg, die Gutsb. Wirth aus Kopienno, Iffland aus Chlebowo, Herl aus Baborowko, Jacoby aus Lopianno und Iffland aus Piotrowo.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Nothwendiger Verkauf.

Das dem Johann v. Karłowski gehörige Vorwerk Przybyslaw, abgezählt auf 20,281 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypotheken und Bedingungen in unserem Bureau III einzubezahlenden Taxe, soll

am 27. Februar 1861 Vormitt. 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Besitzer Johann v. Karłowski wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Der Termin am 5. Januar f. J. ist aufgehoben.

Inowraclaw, den 10. August 1860.

Königl. Kreisgericht, 1. Abtheilung.

### Nothwendiger Verkauf.

Kreisgerichts-Kommission Poln. Crone. Die dem Schornsteinfegermeister Moritz Weber gehörigen, hierzells sub Nr. 14 und 15 belegenen Grundstücke, abgezählt auf 5400 Thlr. zufolge der nebst Hypotheken und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

30. Juli 1861 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftirt werden.

Alle unbefauten Realpräferten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präfiktion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Poln. Crone, den 5. Januar 1861.

### Holzverkaufs-Termine.

Deßtlichst meistbietender Verkauf von Kiefern-, Eichen-, Birken- und Espen-Holzholzenden und Kupholzkläfern zu Schirholz, sowie von verschiedenen Brennhölzern aus den um Zielonka gelegenen Reviertheilen findet statt zu

Zielonka am Dienstag den 5. Fe-

bruar c. früh 10 Uhr;

von verschiedenen Brennhölzern aus dem Reviere

Schwiersenz, sowie von Kiefern-, Birken-

Holzholzenden aus den Revieren Stęszewko

und Kirchen-Dąbrowka zu

Głowno-Kolonie am Montag

den 11. Februar c. früh 10 Uhr;

von Kiefern-, Buchholzenden und verschiedenem

Brennhölzern aus den Revieren Jezierec,

Promno und Stęszewko zu

Pudewitz am Dienstag den 19. Fe-

bruar c. früh 10 Uhr.

Zielonka, den 17. Januar 1861.

Die Königliche Oberförsterei.

Dittmar.

In Folge ergangenen Aufrufs sind in einer heute abgehaltenen Versammlung bissiger Einwohner die Unterzeichnaten zu einem Komité zu dem Zwecke gewählt worden, dem durch die Strenge des Winters und die herrschenden Krankheiten entstandenen Notstände abzuhelfen. Das

Komité wendet sich vertrauensvoll an den bewährten Wohlthätigkeitsfond der hiesigen Einwohner, und werden des Endes von uns mit Legionierung versehene Mitbürger Sammlungen entgegennehmen. Außerdem hat sich der Herr Kommissionsrat Baarth zur Empfangnahme von Unterstützungen bereit erklärt.

### Pensionsanzeige.

Vom 1. April ab finden wieder junge Mädeln aus mosaischen Glaubens Aufnahme bei der Unterzeichnaten. Nähtere Auskunft erhalten

freundlich:

Herr Seminarlehrer Pieck, Rosenstr. 12 in Berlin,

Herr Rektor A. Horwitz, Rosenstr. 12 in Berlin,

Herr Dr. med. M. Jonas, Königsstr. 30 in Berlin,

Herr Rab. Dr. M. Landsberg in Liegnitz,

Herr Moritz Schreiber in Breslau,

bei denen sowohl, als auch bei der Unterzeichnaten Programme über die Bedingungen &c. zu haben sind. Der Haushalt wird nach jüdischem Ritus geführt. Meldungen werden von jetzt ab angenommen.

### Johanna Louis,

Berlin, alte Schönhauserstr. 10, 2 Treppen.

Pensionat für junge Mädeln in Grün-

berg i. Schl.

Das Bestehen zweier höh. Töchterschulen am

bissigen Orte, ausgestattet mit sehr guten Lehr-

kräften, gibt den Eltern, welchen daran gelegen

ist, ihren Töchtern eine gute wissenschaftl. Bil-

edung geben zu lassen, die willkommenen Gelegen-

heit dazu, was durch die gesunde Lage d. Ortes noch begünstigt wird.

Eine aus Haus und Garten vers. Fam. will sich der Aufnahme von jung-

Mädchen unterziehen. Gt. und Wrm., die hierauf reist, bel. f. weg, näh. Ausk. a. h. F. Gaffke in Grätz in portofreien Brf. zu wenden.

Eine Schneiderin empfiehlt sich in und außer-

dem Hause. Näheres u. Gerberstraße 8, Parterre links.

Meinen geehrten Kunden zeige ergebenst an, dass ich jetzt wieder selbständig arbeite, und bitte ich um recht zahlreiche Aufträge, deren prompte Effectuirung ver spreche.

F. W. Ebel, Schneidermeister,

St. Martin- u. Wilhelmstrassen-Ecke 78.

Mein seit 46 Jahren hierorts bestehendes Kurzwaren-Engros-Geschäft beabsichtige ich wegen vorgreifender Alters entweder im Ganzen recht bald unter sehr annehmbaren Bedingungen, oder auch im Einzelnen zu herabgesetzten Preisen zu verkaufen und lade ich Reiseleute hierzu ganz ergebnest ein.

Gleichzeitig mache ich das geehrte Publikum zur bevorstehenden Karnevalszeit auf divers Gold- und Silbersachen, als: Frangen, Borden, Spiken, Blitzen &c. zu herabgesetzten Preisen aufmerksam.

Jonas Landsberg.

Das Neueste in Kotillonorden und Lotteriegegenständen

Ludw. Joh. Meyer.

Bonquets mit Camelienblüthen à 15 Sgr., Gelegen-

Vom ersten April 1861 ist im Hause am alten Markt Nr. 59 die erste Etage, welche bis jetzt Herr Liebow inne hat, bestehend aus 5 Piecen und einer englischen Küche zu vermieten. Das Näherte hierüber ist bei dem Eigentümer des Hauses, J. Zuspanski, im Hintergebäude wohnend, zu erfahren.

Das zum Material-, Restaurations- und Schankgeschäft eingerichtete Lokal gr. Gervinstraße Nr. 6 ist vom 1. April d. J. ab zu vermieten. Näheres im Lokale zu erfragen.

Vom 1. April d. J. ab ist zu vermieten Markt Nr. 55 im ersten Stockwerke, eine Wohnung, bestehend aus drei großen Stuben nebst Küche und Zubettör.

Ein Kandidat, mit hinreichenden Kenntnissen versehen, um allen Anforderungen entsprechend zu können, sucht östern d. J. eine Stelle als Hauslehrer. Gefällige Oferien unter Z. A. B. # 3 poste rest. Halle a. S.



1861.

## Leipziger Illustrirte Zeitung.

Wochentliche Nachrichten über alle Ereignisse, Zustände, Persönlichkeiten der Gegenwart, über Tagesgeschichte, öffentliches und gesellschaftliches Leben, Wissenschaft und Kunst, Musik, Theater und Mode.

Mit jährlich über 1000 in den Text gedruckten zeitgeschichtlichen Abbildungen.

### Abonnementbedingungen

Für 3 Monate (13 Nummern) . 2 Thlr.

Für 6 Monate . . . . . 4

Jährlich (2 Bände, nebst Titel

und Register) . . . . . 8

Bestellungen auf die jeden Sonnabend in Nummern von 16 Folios Seiten

erscheinende Illustrirte Zeitung werden von allen Buch- und Kunstdienstlungen,

so wie von allen Postämtern angenommen.

### Bekanntmachungen

aller Art finden durch die Illustr. Zeitung

(Ausl. 12,500), die weiteste Verbreitung

und betragen die Interessosten für die

Ronpareillezeile oder deren Raum 5 Sgr.

Die neuen Dekorationen sind von Herrn Pre-

wig gemalt.

Sonntag, zum Viertenthal: Kieselack und

seine Nichte vom Ballet. Große Posse

mit Gesang und Tanz in 4 Akten und 10 Bil-

dern von Weirauch.

Die neuen Dekorationen sind von Herrn Pre-

wig gemalt.

Sonntag, zum Viertenthal: Kieselack und

seine Nichte.

## Eichwald.

Sonnabend den 26. Januar von 4 Uhr

Nachmittags ab: frische Wurst, wozu erge-

benst einlädt

### E. Fehre.

Für Thorpassage ist bestens gesorgt.

Sonnabend den 26. Januar zum Abendbrot

Bräzi, wozu einlädt

A. König, Eichwaldstraße.

Sonnabend den 26. Januar c. Eisbeine bei

A. Kuttner, II. Gerberstraße.

### Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 25. Jan. 1861.

Fonds. Br. Od. bez.

Preuß. 3½% Staats-Schuldsh. — 85½

4% Staats-Anleihe — —

4½% 101 — —

Neueste 50% Preußische Anleihe 104½ — —

Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855 — 115½

Posen 4% Pfandbriefe — 100½

4% neue — —

Schl. 3½% Pfandbriefe — —

Westfl. 3% — —

Poln. 4% 86½ — —

Posener Rentenbriefe 91½ — —

4% Stadt-Oblig. II. Em. — 90½

5% Prov. Obligat. — 98 —

Provinzial-Bankaktien — —

Stargard-Posen. Eisenb. St. Alt. — —

Oberfl. Eisenb. St. Alt. Lit. A. — —

Prioritäts-Oblig. Lit. E. — —

Polnische Banknoten — 87½

Ausländische Banknoten große Ap. — —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —

Br. u. Od. p. Mai-Juni 11½ R. b. —